

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

51 (2.3.1914)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 75 J., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 5 J.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinsert billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

## Leuchtölmonopol und Zentrum.

Seit über Jahresfrist ziehen sich die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Leuchtöl-Gesetzentwurf hin. Bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages fanden die Vorschläge der Regierung nirgends Zustimmung. Sollten sie doch nichts anderes, als anstelle des amerikanischen Welt-Trust Rockefeller, der insl. andere den deutschen Markt fast völlig beherrscht, die Preise diktiert, die Petroleum-Unternehmungen der Deutschen Bank setzen, wobei der deutsche Leuchtölverbraucher genau so gerupft worden wäre, als vom amerikanischen Trust. In der Kommission wurden die Vorschläge der Regierung allseitig abgelehnt und nun entstand die Frage, soll überhaupt nicht geschehen, also alles so bleiben, wie es ist, oder soll der schlechte Entwurf der Regierung durch einen bessern ersetzt werden.

Die großen Fraktionen des Reichstages stellen abwechselnd die Vorsitzenden der Kommissionen. Beim Leuchtölgesetz war die Reihe an der sozialdemokratischen Fraktion; deren Kommissionsmitglieder bestimmten den Genossen Wurm, der die Fraktion als erster Redner im Plenum vertreten sollte, zum Vorsitzenden der Kommission. Nun liegt es nach altem Brauch dem Vorsitzenden der Kommission ob, so wie dem Präsidenten des Reichstages für die Plenarsitzungen, die notwendigen Besprechungen mit der Regierung über den Gang der Verhandlungen in der Kommission zu führen. Bei der Leuchtölkommission waren solche Besprechungen umso notwendiger, als nach Ablehnung der Regierungsvorlage neue Unterlagen für die weiteren Verhandlungen erst geschaffen werden mußten und zwar durch Anträge aus der Mitte der Kommission, da die Regierung in den Kommissionsverhandlungen Anträge nicht stellen darf. Die Beratungen hatten ergeben, daß in der Kommission zwei Richtungen sich gegenüberstanden: Die eine war vertreten durch das Zentrum, das weder von irgendeiner Art Monopol unter staatlicher Aufsicht noch von einem Staatsmonopol etwas wissen wollte — ihm schlossen sich zum Teil die Konservativen an —, die andere Richtung bestand aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittlichen, welche es für erforderlich hielten, Mittel und Wege zu suchen, um zu verhindern, daß der amerikanische Trust Rockefeller die Herrschaft über den deutschen Petroleummarkt behält und noch verstärkt. Die von den Freunden einer Weiterarbeit geplanten Verringerungen des Belegentwurfs führten — wie unbedingt erforderlich — zu Besprechungen der Regierung in den dabei beteiligten Parteien. Nun aber, wo ein sozialdemokratischer Vorsitzender der Kommission pflichtgemäß mit Regierungsgesandten Rücksprache über neue Grundlagen zur Weiterberatung des Entwurfs nehmen mußte, geriet die Zentrumspresse in heiligen parietischen Zorn. Die „Köln. Volkszeitung“ von Donnerstag Abend bringt einen Artikel aus Berlin, der voll Jammer über der Zeiten Verderben ist, weil die Regierung mit Gen. Wurm Rücksprache über den weiteren Gang der Kommissionsverhandlungen genommen hat. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt:

„Nun niemals hat sich die Sozialdemokratie für die Erledigung einer parlamentarischen Aufgabe so sehr ins Zeug gelegt, wie jetzt für das Petroleummonopol. Der sozialdemokratische Führer Wurm ist Tag und Nacht beschäftigt, um das Gesetz zustande zu bringen. Regierungsrat Kestner vom Reichsschatzamt, der Vater des Petroleummonopol-Entwurfs, konferiert mit den Führern der Sozialdemokratie in den Bundesratsgebäuden des Reichstages und im Reichsschatzamt selber, und Abg. Wurm ereifert sich dabei, als ob es sich um die wichtigste Parteiangelegenheit der Sozialdemokratie handelte. Mit Recht konnte die „Kreuz-Zeitung“ dieser Tage feststellen, daß in der Petroleummonopolfrage und bei den Debatten darüber die Sozialdemokratie führend sei. Der Reichskanzler hat allerdings erst vor wenigen Wochen erklärt: „Mit der Sozialdemokratie gibt es kein Partieren, sondern nur Kampf.“ Die Väter des Petroleummonopols im Reichsschatzamt denken offenbar anders, denn es dürfte noch nie das Zusammenarbeiten eines Amtes mit der Sozialdemokratie intimer und eifriger gewesen sein, als jetzt beim Petroleummonopol.“

Das Zentrumspresseblatt schweigt so spöttelnd in der Sache gegen das Reichsschatzamt, verfehlt aber geistlich, daß Gen. Wurm Vorsitzender der Kommission ist, und daß Zentrumsabgeordnete, als Vorsitzende der Kommission stets in dieser Weise mit der Regierung Rücksprache nehmen, wenn es der Gang der Verhandlungen erforderlich macht. Aber das Zentrum ist eben nicht sehr erbaud davon, daß es diesmal nicht selber die führende Rolle hat und seinem Herzenswunsch gemäß das Zustandekommen eines Monopoles von vornherein bereitelten kann. Unsere Genossen dagegen haben, wie auch Genosse Wurm bereits in seiner Rede bei der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum erklärt hat, das lebhafteste Interesse daran, das bestehende Triabmonopol des amerikani-

sehen Trust zu stürzen und an dessen Stelle eine Organisation der Leuchtölversorgung zu schaffen, die den deutschen Konsumenten davor schützt, daß der amerikanische Trust die unumschränkte Herrschaft erlangt und das Leuchtöl so hoch wie nur möglich im Preise steigert. Daß die Sozialdemokraten sich dazu hergeben könnten, ein Monopol zu schaffen, daß das Leuchtöl in Deutschland verteuert — dieser Vorwurf, den die Zentrumspresse erhebt, ist so lächerlich, daß er einer Widerlegung gar nicht wert ist.

Die Abwehr der Verteuerung des Leuchtöls — das ist die Aufgabe, die unseren Genossen in der Leuchtölkommission gestellt ist. Daher ist die Befürchtung der Zentrumspresse geradezu blödsinnig, die Sozialdemokratie habe nur verlangt, daß der Preis des Leuchtöls gesetzlich auf zwei Jahre festgelegt werde, gleichzeitig aber der Regierung die Vollmacht gegeben, das Gesetz erst nach Ablauf der zwei Jahre in Kraft treten zu lassen, „so daß die Festsetzung des Höchstpreises nur noch eine vorübergehende Deflation zur Bewusstheitigung der Verbraucher bilden würde.“

Nun — die Sozialdemokratie wird für kein irgendwie gestaltetes Monopol stimmen, das den Preis des Leuchtöls höher festlegt, als er nach Lage des Weltmarktes sein darf. Dieser Schutz der Konsumenten ist es, den die Sozialdemokraten erstreben, und wenn ihnen die Regierung dabei behilflich ist — nun, wir handeln stets nach dem Grundsatz, daß wir das Gute nehmen, wo wir es finden, auch im Bundesratszimmer.



## Deutsche Politik.

### Das Arbeitspensum des Reichstages.

Nach einer Uebersicht, die im Bureau des Reichstages zusammengestellt wurde, harren fünf Gesetzentwürfe und zwei Schutzgebietsrechnungen noch der ersten Lesung. Fünf Gesetzentwürfe, darunter das Postbesetzgesetz, das Gesetz über das Verfahren gegen Jugendliche und das Gesetz über die Konkurrenzklausele sind in der Kommission fertiggestellt und müssen nun vom Plenum in zweiter Lesung beraten werden. Außerdem tagen momentan 15 Kommissionen, die sich mit Gesetzentwürfen zu befassen haben. Dazu kommen dann noch die Unmasse von Initiativanträgen und die Berge von Petitionen. Die übergroße Menge der Initiativanträge und der Petitionen kann in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr erledigt werden, wie auch ernsthafteste Zweifel darüber bestehen, ob es möglich sein wird, den Etat rechtzeitig festzustellen. Der bedeutendste der Einzeletat, der Militäretat, ist in der Budgetkommission noch nicht einmal in Angriff genommen worden. Wenn die Absicht bestehen sollte, den Militäretat etwa im Plenum in einigen Tagen durchzupfeifen, dann wird es Sache der Sozialdemokraten sein, für eine sachgemäße Beratung Sorge zu tragen.

### Weiterer Rückgang der Geburten.

Auch im Jahre 1913 zeigte sich ein weiterer Rückgang der Geburten. In Frankfurt a. M. bleibt die Geburtenzahl schon seit Jahren erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Im Jahre 1912 kamen im Reich auf 1000 Einwohner noch 29,12 Geborene, in Frankfurt a. M. nur 20,9. Im Jahre 1913 haben die Geburten in Frankfurt a. M. trotzdem die mittlere Bevölkerung um 11 000 gewachsen, nicht nur relativ, sondern auch absolut abgenommen. Während im Jahre 1912 noch 8 984 Kinder geboren wurden, waren es im letzten Jahre nur noch 8 926. Auf das Tausend der Bevölkerung berechnet gibt das für 1912 20,9 für 1913 nur noch 20,3 Geburten. Im Jahre 1904 wurden, obgleich die Bevölkerung um 120 000 (28,6 pro Mill.) geringer war, mehr Kinder geboren als 1912, nämlich 9 146 gegen 8 926 im Jahre 1913 (gleich 20,3 pro Mill.). Die Zahl der Sterbefälle ist in dem gleichen Zeitraum absolut etwas gestiegen, relativ erheblich gefallen; sie betrug 1904 5 052 (15,7 pro Mill.) und 1913 5 129 (11,7 pro Mill.). Der Geburtenüberschuss betrug 1904 noch 13,2 pro Tausend Einwohner, 1913 nur noch 8,6.

Um für ihr Teil dem Geburtenrückgang zu steuern, hat die Regierung, wie das Ständesamt Frankfurt a. M. in diesen Tagen mitteilte, die Veröffentlichung der Aufgebote, Eheschließungen und Geburtsfälle in den Tages-

zeitungen verboten. Mit dem Verbot soll verhindert werden, daß Eheleuten und Geiratslustigen Angebote von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis gemacht werden. — Mit so simplen Mitteln ist der Geburtenrückgang nicht aufzuhalten, dazu gehört schon soziales Verständnis und der gute Wille der systematischen Auspönerung des Volkes Halt zu gebieten.

### Nachklänge zur Zerichower Wahl.

Die Konservativen, die mit Hilfe der Fortschrittler das Mandat von Zerichow 1 und 2 wieder erlangten, versuchen einen plumpen Trick gegen die Sozialdemokratie, die sie offenbar noch immer sehr fürchten, — vielleicht in der nicht ganz unberechtigten Annahme, daß bei einer nächsten Wahl selbst die Fortschrittshilfe nicht mehr genügen könnte, das Mandat den Konservativen zu erhalten. Um also die kleinen Geschäftsleute dauernd gegen die Sozialdemokratie in Bewegung zu erhalten, erlassen die Konservativen folgende Aufforderung in den in Burg erscheinenden Zeitungen:

### „An die nationale Bürgerchaft!“

Dem Vernehmen nach ist von gegnerischer Seite beabsichtigt worden, diejenigen kleinen Geschäftsleute in Verzug zu erklären, die bei der Stichwahl den nationalen Kandidaten gewählt haben. Wir bitten die nationale Bürgerchaft, durch Einkauf bei den boykottierten Geschäftsleuten diese unterstützen zu wollen. Die Geschäftsinhaber, die durch den Verzug geschädigt worden sind, wollen ihre Adresse abgeben Unterm Hagen 40.“

Ein altes Wort sagt: Man sucht niemand hinter dem Busch, hinter dem man nicht selbst gesteckt hat! — Die Konservativen sind es gewohnt, jeden Wähler, der sich untersteht, einen ihnen unliebsamen Kandidaten zu wählen, mit der Strafe der wirtschaftlichen Schädigung zu belegen, und so halten sie es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten es ebenso machen. Die ganze Behauptung von der Berrücktheit kleiner Geschäftsleute durch die Sozialdemokratie ist natürlich nichts weiter, als albernes Geschwätz. Das geht schon daraus hervor, daß niemand weiß, wie die Geschäftsleute gestimmt haben, weil die Wahl geheim ist! Der konservativste Aufruf ist Augenverblendung, es soll der Anschein erweckt werden, als ob gerade sie, die Konservativen, eifrig um das Wohl der kleinen Geschäftsleute besorgt seien, während die Sozialdemokratie auf ihren Ruin hin arbeite. Vielleicht melden sich aber auf die Aufforderung hin all die Gastwirte die im Wahlkampf auf Betreiben der Konservativen und der Bündler ihre Lokale nicht zu sozialdemokratischen und fortschrittlichen Versammlungen hergeben durften. Auch sonst noch könnte sich mancher melden, der die harte Snaiz zu spüren bekam, wie z. B. jene kleinen Besitzer, die ein Ackerstück zu sozialdemokratischen Versammlungen bereit stellten. Ferner würden auch die Namen der Gastwirte die unter dem Militärboykott seufzen, die Riste der boykottierten Geschäftsleute wesentlich vervollständigen!

### Die Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Hausflaverei zugehen lassen. Im vorigen Jahre hat der Reichstag beschlossen, die Flaverei in Deutsch-Ostafrika nur noch bis zum 1. Januar 1920 zu dulden. Der Zweck der Denkschrift besteht nun in der Hauptsache darin, nachzuweisen, daß die Hausflaverei bis zu diesem Termin nicht beseitigt werden kann, wenn nicht die Gefahr großer Aufstände beraufbeschoren werden soll. Nach der Denkschrift wäre das Los der Hausflaven in Deutsch-Ostafrika ein beinahe beneidenswertes. So wird bestritten, daß Mißhandlungen irgend welcher Art vorkommen, weil in diesem Falle die Behörde den Sklaven sofort für frei erklären würde. Die Arbeitsleistung der Hausflaven soll eine ganz minimale sein und der Gouverneur behauptet weiter, daß dem Neger die persönliche Unfreiheit keineswegs lästig sei. Trotzdem müsse man der Forderung der Humanität, die Flaverei zu beseitigen, Rechnung tragen. Die Zahl der Sklaven in Deutsch-Ostafrika schätzt der Gouverneur auf 185 000, und er behauptet im Anschluß hieran, daß schon bei der großen Zahl der Sklaven eine Beseitigung dieses Verhältnisses bis zum 1. Januar 1920 absolut unmöglich sei. Dagegen könne man versichern, daß die ganze Institution bis zum Jahre 1930 aufgehört habe zu existieren, denn alle nach dem 31. Dezember 1905 Geborenen dürfen in keinem Fürsorgeverhältnisse mehr stehen. Bei der sofortigen Aufhebung der Flaverei würde dem Gouvernement die Pflicht erwachsen, diese Freigelassenen unterzubringen oder für sie zu sorgen; dazu wären Summen notwendig, die in die Millionen gehen. Durch die Aufhebung der Hausflaverei würde eine große Reihe von wohlhabenden Existenzen wirtschaftlich vernichtet und der deutschen Verwaltung aufzässig werden. Um das zu verhüten und um zu verhindern, daß neue Aufstände ausbrechen, schlägt der Gouverneur vor, die Beseitigung des Fürsorgeverhältnisses an einen bestimmten Termin überhaupt nicht zu knüpfen.

**Das Renten-Kapital-Vermögen der Welt.**  
Die Monatschrift „La vie internationale“ bringt einen Bericht von Alfred Reymard, den dieser vor kurzem im „Internationalen Institut für Statistik“ über das Weltvermögen erstattet hat. Seine Schätzung bezieht sich nur auf jene Wertpapiere, welche auf den verschiedenen Finanzmärkten zugelassen sind und gehandelt werden. Darunter sind zu verstehen: die Staatspapiere, die Schuldverschreibungen der Provinzen und Städte, die Obligationen und Aktien von Privaten usw. Man weiß aber, daß die Wertpapiere, um an der Börse zugelassen zu werden, gewisse Voraussetzungen erfüllen müssen. Eine große Zahl sind daher auf den Finanzmärkten nicht zugelassen und diese sind in dem Bericht auch nicht einbezogen.

Ende des Jahres 1912 gab es in der ganzen Welt Papiere im Werte von 840-850 Milliarden, welche an den Börsen zugelassen waren und gehandelt wurden. Eine Schätzung, auf denselben Grundsätzen beruhend wie die vom Jahre 1912 ergab im Jahre 1895 nur 450 Milliarden, die in Papieren festgelegt waren. In 17 Jahren hat sich dieses Weltvermögen also um 400 Milliarden vermehrt, mithin beinahe verdoppelt.

Während diesen 17 Jahren sind die Löhne in den meisten Ländern auf demselben Stande geblieben. Wo sie erhöht wurden, geschah es und mußte es geschehen im Ausgleich gegen die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Schutzgesetzgebung und ähnliche Maßnahmen. In Belgien sind sogar die Löhne in der Zeit vom Jahre 1895 bis zum Jahre 1912 gesunken.

Von diesen 840-850 Milliarden zugelassener Wertpapiere kommen auf England 145-150 Milliarden, die Vereinigten Staaten 135-140 Milliarden, Frankreich 108 bis 115 Milliarden, Deutschland 100-110 Milliarden. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder.

In den letzten vier Jahren sind etwa 100 Milliarden an Papieren neu ausgegeben worden. Meist in Gestalt von Aktien und zwar Industrie-, Handels- und Bank-Aktien. Auf Deutschland entfallen davon allein 20-25 Milliarden, auf England 15 und auf Frankreich nur 10 Milliarden. Daraus geht hervor, daß Deutschland eine beträchtliche wirtschaftliche Ausdehnung genommen hat. Es hat seine Kapitalien am stärksten vermehrt.

Auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung gerechnet, steht Frankreich mit seinem Rentenkapitalvermögen an der Spitze, ihm folgt England, in weitem Abstand erst kommt Deutschland.

Reymard stellt ferner fest, daß das Bargeld in Gold, Silber usw. die Höhe von 150 Milliarden in der ganzen Welt nicht übersteigt. Der Betrag an Banknoten belief sich im Jahre 1912 auf rund 41½ Milliarden. Diesen 191 Milliarden Geld stehen 850 Milliarden in Staatspapieren, Obligationen und Aktien gegenüber. Das ist ein Verhältnis von 22 zu 78 Prozent. Der Berichterstatter konstatiert, daß zu keiner Zeit die Höhe des Rentenkapitalvermögens der Welt so groß gewesen sei, wie im Jahre 1912.

**Herr Stegerwald und seine Berufung.**

Nach dem Kölner Gewerkschaftsprozess verkündete Herr Stegerwald, daß er aus taktischen wie prozessualen Gründen gegen das Urteil im Prozeß Berufung eingelegt habe. Er werde diese Berufung aufrechterhalten, wenn die sozialdemokratische Presse die von ihr betriebene Ausschaltung des Prozesses fortsetze. Diese dummdreiste Drohung des Herrn Generalsekretärs ist mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen worden. Es gibt in der sozialdemokratischen Partei keinen Menschen, dem Adam Stegerwald imponieren kann, und am allerwenigsten gibt es einen sozialdemokratischen Redakteur, der sich in seiner Schreibweise von ihm beeinflussen läßt. Herr Stegerwald wird inzwischen auch erfahren haben, daß die sozialdemokratische Presse seine von einem krankhaften Dünkel diktierte Drohung mit der Aufforderung beantwortet hat, die Berufung ja nicht zurück zu ziehen, sondern aufrecht zu erhalten. Der Generalsekretär befand sich aber doch eines anderen und zog die Berufung

zurück. Jetzt läßt er durch eine Erklärung in den zentrumschristlichen Zeitungen verkünden, daß er nur aus prozessualen Gründen die Berufung aufrecht erhalten habe, jedenfalls weil er befürchtete, daß die beteiligten sozialdemokratischen Redakteure Berufung gegen das Urteil einlegen würden. Dazu lag für diese kein Grund vor. Das Urteil ist gefällt worden, weil die sozialdemokratischen Redakteure mehrere Beschuldigungen, die sie bürgerlichen Zeitungen und Zeitungen — darunter auch katholischen — entnommen hatten, nicht beweisen konnten. Eine Berufung hätte günstigsten Falles nur die Strafe vermindern können. Nun aber hatte doch Herr Stegerwald selbst Berufung eingelegt, so daß die sozialdemokratische Presse sich so wie so vor eine neue Verhandlung gestellt sah. Daß Herr Stegerwald mit seiner Berufung am Gericht Glück gehabt hätte, glaubt er selbst nicht. Neben dem Spott hätte die christliche Gewerkschaftsleitung auch die Kosten tragen müssen. Aber das war der Grund nicht, der die sozialdemokratische Presse bestimmte, Herrn Stegerwald zur Aufrechterhaltung seiner Berufung aufzufordern. Durch diese Aufforderung wollte man zunächst dem Generalsekretär nur zeigen, daß seine Drohungen und Erklärungen von der sozialdemokratischen Presse ihrem wahren Wert nach behandelt werden.

Als dann nach dem Prozeß obendrein noch der Krach im katholischen Lager einsetzte und sich Tatsachen herausstellten, die mit den Aussagen bekannter frommer Zeugen nicht in Einklang zu bringen waren, da hat die sozialdemokratische Presse Herrn Stegerwald noch dringender wie zuvor gebeten, seine Berufung nicht zurück zu ziehen. Leider hat ihr der Generalsekretär diesen Gefallen nicht getan. Dafür will er jetzt einzelne sozialdemokratische Zeitungen verklagen; weswegen und welche Zeitungen, das sagt er nicht. Aber wenn Herr Stegerwald den besagten Zeitungen Gelegenheit gibt, einige Zeugen aus dem Kölner Gewerkschaftsprozess einer Nachprüfung zu unterziehen, dann werden wir für die Zurückziehung der Berufung durch ihn und für unsere Enttäuschung darüber einigermassen entschädigt.

**Gottesfrieden bis zur Vernichtung der Sozialdemokraten.**

Der freikonserervative Reichstagsabg. Otto Arendt treibt im „Tag“ (No. 48 vom 26. Febr.) das alte und schon so langweilig werdende Spiel, aus den Ergebnissen der letzten Reichswahlen nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie „entschieden im Rückgang begriffen sei“, die Fraktionen könnten sich zwar noch nicht von allem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie emanzipieren, der Mandatssegenismus hindere sie, gegen den Habitualismus anzukämpfen, aber die Wähler folgten den Fraktionen nicht mehr, ihr gesunder Instinkt führe sie den richtigen Weg.

Und dann enthillt Arendt seinen Plan zur völligen Vernichtung der Sozialdemokratie:

„Die Befestigung der Sozialdemokratie ist die wichtigste vaterländische Aufgabe. Wir sollten einen Gottesfrieden unter den Parteien machen, bis diese Aufgabe gelöst ist. Den Sozialdemokraten aber aus Fraktionsgründen Vorstoß leisten, wie es die Fortschrittspartei und die Großblöckler tun, das ist eine Sünde gegen das Vaterland. Deshalb muß die unbedingte Bekämpfung der Helfershelfer der Sozialdemokratie als erste Voraussetzung für die Zurückdrängung der Umsturzpartei gelten. Bei den nächsten Wahlen werden die Fortschrittler und Großblöckler den ganzen Horn des Bürgertums über den Verrat an der bürgerlichen Sache erfahren müssen. Die starke Verminderung bei den letzten Reichswahlen zeigt, wohin die Reise geht.“

Bedauerlich findet es Arendt nur, daß bei der nächsten Reichswahl im sächsischen Wahlkreis Borna-Began, es ein Nationalliberaler ist, der den Verlust des Wahlkreises an die Sozialdemokratie verschulden würde. Nur eine Niederlage der Liberalen könne künftig ähnliche Entgleisungen verhüten. Aber noch tröstet sich Arendt, er hofft auf einen Sieg seines Fraktionsgenossen Liebert.

„Die „rote Flut“ ist im Abnehmen und deren nationale Gedanke entfaltete sich wieder siegreich.“ Das ist die un-

zweideutige Sprache der Nachwahlen und damit ist die Hoffnung gegeben, daß unser inneren Verhältnisse nicht einer Krise entgegenreiben, sondern daß eine innere Gefundung zu erwarten ist.“

Unsere Konservativen sind recht bescheiden geworden, wenn sie schon darin ein Abheben der „sozialen Flut“ sehen, daß das eine oder andere Mandat in der Reichswahl dem Ansturm der vereinigten Gegner zum Opfer fällt, obwohl die sozialdemokratischen Stimmen nicht nur gut gehalten werden, sondern teilweise gegen 1912 noch zugenommen haben. Es wäre grausam, ihnen einen solchen billigen Trost zu nehmen.

**Ausland.**

**Schweiz.**

Die Mählengenoßenschaften schweizerischer Konsumvereine. Die Nationalrat Gen. Jäggi, Geschäftsführer des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, in der in Zürich abgehaltenen Generalversammlung mitteilte, nimmt die genossenschaftliche Großmühlenunternehmung weiterhin einen trefflichen Fortgang. Der Umsatz im vorigen Jahre war wesentlich größer, als vorausgesehen wurde: er betrug rund 25000 Waggons im Werte von 7 Millionen Franken. Dieser Umsatz ist noch stark steigend. Das Ziel ist die Errichtung weiterer Mühlen in verschiedenen Gegenden der Schweiz. Infolge des niedrigen Getreides, das im letzten Jahre zu verhandeln war, ergab sich nur ein mäßiger Betriebsüberschuss. Doch gestattet er noch reichlichen Abschreibungen eine Verzinsung des Kapitals mit 4 Prozent und die Ueberweisung von 30000 Fr. an die Reservefonds. Der Betrieb steht mit seinem Geschäftsergebnis an der Spitze aller Mühlen der Schweiz. Besonders wichtig ist aber die preisregulierende Wirkung. Wie eine Großmühle, die Vereinigten Mühlen in Goldbach, berichten, sind infolge Gründung der Genossenschaftsmühle die Mehlpreise bedeutend zurückgegangen. Diesen günstigen Einfluß kann der Betrieb infolge seiner niedrigen Geschäftskosten üben. Bei ihm kommen aus den Doppelzentner Mehls nur 2 Franken Betriebskosten, einschließlich der Mahlkosten, während bei den privaten Gesellschaften auf den Doppelzentner allein 1,80 Fr. Verkaufspreis kommen. — Der Konsumvereinsverband ist an dem Unternehmen, das rechnerisch selbständig ist und auf Anteilen der einzelnen Vereine beruht, mit einem Kredit von 3 Millionen Fr. beteiligt, der den Vereinfachungen des Getreides ermöglicht.

**Frankreich.**

Die Altersgrenze der Vergleute in Frankreich. Die französische Kammer hat einstimmig das Gesetz angenommen, welches den Arbeitern der Kohlenbergwerke eine Alterspension zu billigt. Das Gesetz wendet den Vergleuten, welche 66 Jahre alt sind und 30 Jahre im Bergbau gearbeitet haben, eine sofortige Pension von 600 Franken zu, die sich aus Zuschüssen nach der Versicherung der Regierung bis auf 700 Franken im Jahre erhöhen wird. Ebenso wurde von der Regierung die Zustimmung gegeben, daß das Gesetz auf die Arbeiter in den Schieferbrüchen und Erzgruben ausgedehnt werden solle.

Wegen dieses Gesetzes ist es bekanntlich in Frankreich zu einem Aufstand gekommen. Der Verband der Unterlagarbeiter ist mit diesem Gesetz nicht zufrieden und hat den Generalsekretär proklamiert, der auch im Vorbeiden ziemlich allgemein ist. Die nordfranzösischen Bergarbeiter — der alte Verband — hat sich dem Streik nicht angeschlossen. Hauptächlich handelt es sich um den Artikel 11 des Gesetzes, den der Verband der Unterlagarbeiter vertritt, während die nordfranzösischen Bergarbeiter, die sich durch Arbeitsverträge bereits Unterstützungslöhne geschaffen haben, bei denen die Beiträge niedriger sind, als bei den von der Regierung vorgeschlagenen Spezialklassen, den Artikel 11 für notwendig halten. Infolge Genossen in der Kammer haben ihre Bedenken gegen das ganze Gesetz mit Entschiedenheit betont, auch ihre Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie haben jedoch in dem Gesetz einen so wesentlichen Fortschritt, daß auch sie einstimmig dafür eintraten.

Genosse Jaures glaubt nun von dem Gesetz, daß es bei harter Würdigung dazu beitragen werde, die beiden Organisationen unter den Vergleuten, welche sich gegenwärtig in so bedauerlicher Weise gegenüberstehen, in Kürze wieder zu vereinigen. Das Gesetz der Alterspension der Vergleute sei die wichtigste Errungenschaft der Vergleute während der letzten Jahre. Die alten Vergleute und die Witwen der Arbeiter werden bald eine Pension von zwei Franken pro Tag erhalten. Der Friede zwischen den beiden Organisationen kann geschlossen werden. Es ist erreicht, was zu erreichen war, mehr sogar, als erwartet werden konnte.

**Tantchen Rosmarin,**

oder: Alles verkehrt.  
Humoreske von Heinrich Schöffe.  
(Fortsetzung.)  
Aufklärung.

Suschen war zwar ein wenig fürchtbar, aber auch ein wenig neugierig. Zudem hatte sie so viel Aufklärung, es allenfalls mit einem Gespenst aufzunehmen, weil man wohl weiß, daß die Gespenster zuerst doch alle Fleisch und Blut haben, wie unferneins. Sie beschloß also, Untersuchungen über die Erscheinungen im Park anzustellen, und ging — sobald Pompejus mit Sonnenuntergang im Bettchen lag — in den Park.

Raum hatte sie zwanzig oder dreißig Schritte in das heitere Wäldchen hineingetan, so erschien zu ihrem größten Schrecken das Gespenst, zog den Hut ehrerbietig ab, und pries sich glücklich, sie allein zu finden.

Suschen, auf solche Gespensterhöflichkeit nicht vorbereitet, zitterte an allen Gliedern, und wünschte sich weit weg; wenigstens bis zu Tantchen Rosmarin aufs Sofa. Das war aber nun zu spät.

„Die Frau Oberstweiterrätin hat mir den Eintritt in ihr Haus verweigert; ich verarge der schwer beleidigten Frau diese Strenge nicht. Ich habe sie verdient. Aber zürnen Sie nicht, wenn ich mir wenigstens erlaube, in Ihrer Nähe zu atmen — es ist das Einzige, was mir jetzt wohl tut. Ich habe doch Hoffnung, vielleicht Sie, Frau Baronin, wenn auch nur in der Ferne zu sehen, oder mein Kind zu sehen. Rauben Sie mir nur diesen kleinen Genuß nicht. Ich verspreche dagegen, daß ich, wider Ihren Willen, Sie niemals wieder anreden werde. Wenn Sie wüßten, wie viel ich leide — Sie würden mir gewiß verzeihen.“

„Herr Baron“, stammelte Suschen, „nach der ausdrücklichen Erklärung meiner Tante...“

„Es sei. Ich gehorche. Ich schweige. Ich will elend sein. Aber, gnädige Frau, nur für ein einziges Wort noch gönnen Sie mir Gehör. Ich muß mich bei Ihnen wegen meines Verfahrens in dem neuen Prozeß entschuldigen — rechtfertigen.“ Frau Baronin. Sie fordern die Scheidung;

und auf Gefahr ihres Halses hin — ich kann nicht einwilligen. Bei Gott im Himmel, ich kann nicht. Keine Macht der Welt soll mich von dem Kleinode trennen, was mir, unbewußt was ich empfang, durch seltsame Verkettung von Ereignissen zu teil ward.“

„Herr Baron, Sie sehen meine Verlegenheit. Erklärungen dieser Art wünschte ich am wenigsten mündlich von Ihnen zu vernehmen. Ueberlassen Sie die Sache den Advokaten und Richtern. Ich habe Ihnen nichts zu antworten.“

„Aber sagen mußte ichs Ihnen, gnädige Frau. Entschiede nun das Schicksal über mich, wie es wolle, beharren Sie auf dem Prozeß, und geht er für mich verloren, so geht mein Leben mit verloren. Ich willige in keine Scheidung. Ich werde tausendmal leichter sterben, als das entscheidliche Ja zur Trennung sprechen. Hassen Sie mich, aber ich bete Sie an; würdigen Sie mich in diesem Leben keines Blickes, keines Gedankens mehr, aber ich bete Sie an. Ich denke doch, meine Gemahlin ward mir vor Gottes Altar gegeben; und ich bin in meinen Täuschungen so selig, wie ein Wahnsinniger.“

„Ich muß Sie dringend bitten, Herr Baron...“

„Nun bin ich ruhig, gnädige Frau, denn ich habe mich ausgesprochen. Sie wissen es nun, daß ich Sie liebe. — Ich werde Sie verlassen, aber ich werde Sie lieben; ich werde Ihnen gehorchen, ich werde Ihnen meinen Anblick verbergen, aber ich werde Sie aus der Ferne belauschen, und Sie lieben. — Ah, und wenn Sie mir alles versagen — dann gewöhnen Sie dem Vater die einzige Mollust nur, daß er zuweilen seinen Sohn sehen dürfe. Ich wage es nicht, gerichtlich zu fordern, aber ich wage es von Ihrer Menschlichkeit zu verlangen.“

In diesem Tone sprach er noch lange, und das schüchtern Suschen war menschlich genug, ihn anzuhören, und ihm sogar zu versprechen, daß er seinen Sohn zuweilen sehen solle.

„Zuweilen!“ rief der Baron mit schmerzlicher Heftigkeit und nassen Augen: Ah, doch zuweilen, der Vater darf sein Kind zuweilen sehen! Auch dies Almosen nehme ich dankbar von Ihrer Güte. — P...weilen! — Wenn mich

aber mein Sohn so selten sieht, werde ich nicht immer wie ein Fremdling vor ihm stehen? Ach, gnädige Frau, eine Bitte — ich habe hier beide Taschen voll Zunderwerk und Spielram, bleierne Armeen und Seeschiffe, Kugeln und ein Hilderbuch — ich habe es für Pompejus mitgebracht. Ich bitte Sie, gnädige Frau, geben Sie dies meinem Kinde — sagen Sie es ihm, es komme von seinem Vater.“

Indem er seine Taschen hastig leerte, und Suschens Strickkorb füllte, hätte der gute Baron vor Freude jauchzen und Suschen ihm mit lauter Stimme verzeihen mögen. Aber beide verhüllten sich gegen einander in die Mäcke des Wohlstandigen, und behielten einen Ton bei, der seltsam mit dem Schrei der Natur in ihrer Brust kontrastierte.

Der Baron ergriff noch schnell in die Taschen, und zog in Papier gewickelt sein Wildnis auf Elfenbein gemalt hervor, umgeben von einem goldenen Reif, mit kleinen Perlen besetzt. „Und damit mein Sohn meine Gesichtszüge nicht verlerne, geben Sie ihm auch dies Bild. Lassen Sie es ihn zu seinem Spielzeug tun. Sagen Sie ihm oft: Das ist das Bild meines Vaters, der dich so lieb hat. Ach, wenn er mich nur zuweilen sieht, wird er mich nicht lieben lernen. Ich bitte Sie, geben Sie es ihm.“ — Es lag schon bei anderen Dingen im Strickkorb.

So war eine Stunde wie auf der Flucht verplaudert; jedes hätte einen Eid darauf getan, es sei eine Sekunde gewesen.

„Und wann, gnädige Frau, wann darf ich Pompejus sehen?“ fragte er beim Abschiede.

„Herr Baron, ich muß die Achtung gegen meine Tante beobachten, welche ich ihr schuldig bin. In jedem Falle sollen Sie von Tag und Stunde benachrichtigt werden.“

So schied man auseinander. Der Baron eilte zu seinem Jäger, am Ende des Parks, schlang sich aufs Ross und sagte den gewohnten Weg nach seinem Schlosse zurück. Suschen trug den Strickkorb auf ihr Zimmer, verließ ihn sorgfältig; und beim Nachtessen sah sie träumend still, und ließ die Forellen kalt werden, so dringend auch Herr Säblein und Tantchen Rosmarin zum Essen mahnten.

(Fortsetzung folgt.)

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Februar.

Am Bundesratssitz: Minister v. Breitenbach. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist die Novelle zum Besoldungsgesetz. Zunächst wird die Rechnung über den Haushaltset des Säuglingskrankendienstes ohne Debatte der Kommission überwiesen. Darauf wird die zweite Beratung des Etats der Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Dr. Weill (Soz.):

Innere positive Mitarbeit zeigte sich am besten in unserem Verkehr, die Arbeiterverhältnisse zu verbessern. Relativ ist die Sicherheit auf unseren Eisenbahnen günstig. Auch wir erkennen das Bestreben an, die Sicherheit nach Möglichkeit zu fördern. Es bleibt aber noch viel zu tun übrig. Das zeigt das Unglück bei Meß, bei dem sieben Soldaten ums Leben kamen. Minister v. Breitenbach: Hinsichtlich der Katastrophe des Meßerzuges bei Meß muß ich mir eine gewisse Reserve aufzulegen, weil die Untersuchung in vollem Gange ist. Der Bahnhof, in dem das Unglück passiert ist, ist ein durchaus moderner. Ob und wem die Schuld beizumessen ist, wird das Gericht feststellen. Erfreulich war es für mich zu hören, daß auch Dr. Weill die Betriebssicherheit unserer deutschen Eisenbahnen anerkennt. Die Anerkennung des Abg. Adler, daß meine Verwaltung sich auf dem richtigen Wege befindet, um den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen, war für mich außerordentlich erfreulich. Die neue Lohnordnung ist in vollem Ansehung in Betrieb. Der Streckenbau wird, wo es nötig, ausgeführt. Für Straßburg-Wasel erscheint er notwendig. Die Förderung der Einstellung der 3. Klasse in alle Schnellzüge ist grundsätzlich berechtigt, dadurch würde aber die Schnelligkeit beeinträchtigt werden.

Abg. Dr. Schay (Eis.) bringt eine Reihe lokaler Wünsche in Bezug auf Verbindungen vor. Dem Wünsche der Wagenführer, zu Ober-Wagenmeistern befördert zu werden, muß entsprochen werden. Für die Lokomotivführer müssen Fahrschulen eingerichtet werden.

Abg. Adler (Nat.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahnarbeiter. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden. (Beifall) Der größte Teil der Eisenbahnarbeiter gehört nicht zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Auch in der privaten Arbeiterschaft steigt das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien. Widerspruch bei den Sozialdemokraten. (Beifall)

Das Ordinarium wird darauf bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben zum Titel „Ausbau der Linie Straßburg-Wasel liegen mehrere Anträge vor. Nach längerer Erörterung wird die Abstimmung bei der schwachen Mehrheit des Hauses ausgesetzt.

Zu den Einnahmen beim Titel „Güterverkehr“ fordert

Abg. Dr. Weill (Soz.):

die Kanalisation der Mosel und der Saar. Es handle sich nicht allein um eine Frage der Großindustrie. Der Mittelstand und die Arbeiterklasse sind erheblich an diesem Projekt interessiert. Die Befürwortung des Ministers, die Industrie werde aus dem Ruhrrevier in das Saarrevier abwandern, ist grundlos. Man sollte die uralte Befürwortung aufgeben, daß die Wasserstraßen eine ernsthaftige Konkurrenz der Eisenbahnen wären.

Abg. Baffermann (Nat.): Dem nationalen Interesse ist mit dem Ausbau unseres Kanalnetzes nur gedient. Unsere Großschiffahrtstraßen Berlin-Stettin wie die im Westen sind Kulturleistungen unserer Nation. Leider will aber in Elsaß-Lothringen eine großzügige Wasserstraßenpolitik nicht einleiten. Im Landesverteidigungsinteresse will man zunächst das Eisenbahnnetz in Elsaß-Lothringen ausbauen, andererseits ist aber die Befürchtung, daß die Nahrungsmittelzufuhr für die Bevölkerung im Kriegsfalle nur mangelhaft sein wird, durchaus berechtigt. Wenn neue Wege und neue Niederlassungsmöglichkeiten geschaffen werden, werden sich immer gewisse Schäden ergeben, aber eine Abwanderung wird nicht eintreten. Wenn die Regierung in den Reichslanden eine großzügige Kanalpolitik treiben würde, würde die Reichsfreundschaft der dortigen Bevölkerung bedeutend gestärkt. Die Haltung des Ministers in dieser Frage ist falsch und läßt sich auch nicht rechtfertigen. Ich bin der Überzeugung, daß der nationale Gedanke doch schließlich siegen wird.

Minister v. Breitenbach: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß aus wirtschaftlich-politischen Gründen eine Kanalisierung der Mosel nicht geboten ist. Große Teile der beteiligten Industrien haben sich dagegen ausgesprochen. Wenn ich jetzt die Handelskammern für das Projekt ausgesprochen haben, so nehmen diese Körperschaften doch mehr die Interessen des Handels als der Industrie wahr. In der niederrheinischen Industrie besteht noch immer die Meinung, daß die Abwanderung sehr plötzlich sein würde. Das würde für die großen

und kleinen Kommunen, die sich auf der Großindustrie aufbauen, sehr schädliche Wirkungen mit sich bringen. Die fiskalischen Interessen sind für die Haltung der preussischen Regierung nie ausschlaggebend gewesen. Die Äußerungen des Kriegsministers und des Generalstabschefs unterstützen die Forderungen der beiden Vordränger durchaus nicht. Die militärischen Interessen liegen auf dem Gebiet des Ausbaus des Eisenbahnnetzes. Ich habe in erster Linie den Friedensverkehr wahrzunehmen. Ich werde versuchen, durch Staffeltarifverträge das zu erreichen, was man durch die Kanalisierung erreichen will. Es sind schwerwiegende Tarifermäßigungen, insbesondere für Erz und Kohlen, ins Auge genommen. Damit wird dem nationalen Gesichtspunkt durchaus Rechnung getragen. Bezüglich der Versorgung des Mosel- und des Saargebietes im Kriegsfalle besteht keine Gefahr. Wenn das Reichsland die untere Mosel kanalisieren und mit dem Rhein verbinden will, dürfte dieses Projekt angesichts der ermäßigten Frachttarife eine Konkurrenz nicht darstellen. Der französische Nordostkanal bildet ebenfalls keine so dringende Gefahr.

Elsaß-lothringischer Ministerialrat Dr. Nobis: Wir müssen für die Kanalisierung eintreten, weil die Interessen des Reichslandes es verlangen. Unterstaatssekretär Graf Roehren hat auch schon Gelegenheit genommen, diesen Standpunkt zu vertreten. Auch andererseits verlangt die Lokalität anzuerkennen, daß die Gründe der preussischen Regierung gegen das Projekt schwerwiegender Natur sind. (Sehr richtig! red.) Trotzdem hoffen wir, daß das Projekt doch noch aufzuheben kommt.

Abg. Hofmann (Zentr.): Die Tatsache, daß Luxemburg schon jetzt Anschluß an den französischen Kanal sucht, sollte den Gegnern der Kanalisierung jetzt als wichtiger Grund angesehen werden, ihren Standpunkt aufzugeben. Wir fordern die Kanalisierung nicht nur im Interesse der Industrie, sondern besonders auch für die Kaufmannschaft, den Handwerkerstand und auch für die Arbeiterschaft. Durch das Zustandekommen der Tarifermäßigung hat die preussische Staatsregierung die Berechtigung unserer Forderung anerkannt.

Abg. Dr. Dertel (Kons.): Für uns ist die Frage keine parteipolitische, sondern in erster Linie eine solche der Volkswirtschaft und Zweitmöglichkeit. Die Ausführungen des Ministers gegen die Verteidiger der Kanalisierung und die Vertreter der Reichslande waren für mich überzeugend. Der Standpunkt der preussischen Eisenbahnverwaltung soll durchaus einwandfrei sein. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat bis auf die zurückgestellten Positionen bewilligt.

Darauf betrat sich das Haus auf Montag nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Besoldungsgesetz und Nachtragsetat, Postetat. Schluß nach 4 Uhr.

Berlin, 28. Febr. Dem Reichstag ist heute der Gesetzentwurf einer 3. Ergänzung des Besoldungsgesetzes zur Beschlußfassung zugegangen. Darnach treten in der dem Besoldungsgesetze vom 16. Juli 1909 beiliegenden Besoldungsordnung u. a. folgende Änderungen ein: Im Abschnitt A (aufsteigende Gehälter) erhöht sich in den Klassen 1, 2, 3A, 3B, 4A, 4B, 6A (Unterbeamten) das Gehalt in jeder Staffel um 100 Mk. In Klasse 21 wird das Gehalt festgesetzt auf: 1800, 2100, 2400, 2600, 2850, 3100, 3360, 3600. In die Klasse 21 werden neu einbezogen Bureaubeamte 2. Klasse bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Lagerverwalter und Buchreiber bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Oberpostassistenten, Obertelegraphenassistenten, Postassistenten, Telegraphenassistenten, Postverwalter. Hinsichtlich der Oberpostassistenten und Postassistenten tritt an Stelle der bisherigen Bestimmungen folgende: Vom 1. bis 3. Jahre 2100, vom 4. bis 6. Jahre 2200, vom 7. bis 9. Jahre 2300, vom 10. bis 11. Jahre 2400, vom 12. bis 15. Jahre 2500, vom 16. Jahre ab 3000 Mk. Sie erhalten neben dem Gehalt einen Wohnungszuschuß nach Tarifsaß 4. In der Begründung des Entwurfs heißt es: Seit der letzten Ergänzung des Besoldungsgesetzes haben sich in der Organisation des Reichsdienstes wiederum Veränderungen ergeben, die eine Ergänzung oder Änderung des Besoldungsgesetzes notwendig machen. In Verbindung damit sollen auch die Bezüge der Definitivoffiziere gemäß der dem Reichstag gegebenen Zusage neu geregelt werden. Ferner ist infolge der durch das Gesetz vom 29. Juli 1913 eingetretenen Erhöhung des Gehaltes für die Beamten der Postassistenten- und Postassistentenklasse notwendig geworden, auch anderen Beamtenklassen entsprechende Aufbesserungsbezüge zuteil werden zu lassen. Soweit Reichsbeamte der Reichseisenbahnverwaltung beteiligt sind, soll ihnen die aus Kap. 87, Titel 12 des Reichshaushaltsetats nicht pensionsfähigen Zuschüsse auf die Gehaltserhöhung angerechnet werden. Um ferner den Klagen der pensionierten und als Beamte wieder angestellten Definitivoffiziere über eine Benachteiligung in ihrem Gesamteinkommen gegenüber früher ausgeschiedenen Militärangewandten in gleichen Stellungen nach Möglichkeit zu beheben, ist eine Bestimmung aufgenommen, die Definitivoffizieren mit längerer Dienstzeit als solche einen Ausgleich für das Verbleiben im aktiven Dienste gewährt.

des Deutschen Sozialdemokratischen Vereines. Die französische sozialistische Partei wird, trotzdem sie gerade in diesen Tagen von der Wahlbewegung außerordentlich in Anspruch genommen wird, die deutschen Genossen, die etwa 150 Mann stark herkommen, mitempfangen. Dem Konzert, das in einem der größten Pariser Lokale stattfinden wird, soll eine politische Manifestation vorangehen, zu der die französische Partei ihre Delegierten sendet, u. a. den Generalsekretär Dubreuilh und den Abgeordneten Marcel Sembat. Da in denselben Tagen auch etwa zweihundert Schweizer Genossen aus Bern, unter Führung des Nationalrats Genossen Grimm herkommen und an dem Fest als Zuhörer teilnehmen werden, so verpricht der Abend einen internationalen Charakter zu erhalten.

### Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Der Arbeiter-Nachbar. Organ für die Interessen der Arbeiterabfahrer. Eingegangen ist Nr. 5 des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Um die olympischen Spiele; Gebt uns Wanderstraßen; Karte Steine; Massenpolitik und Sport; Mundschau; Wie schreiet man zur Bildung eines Sportvereins. Auch ein Kleinodbuch. Das Fahrrad im Dienste der Samaritervereine usw. Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe. Dienstag, 3. März. C. 41. „Der Barbier von Bagdad, komische Oper in 2 Akten von Peter Cornelius. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/10 Uhr. Donnerstag, 5. März. B. 42. „Der verlorene Sohn“, Legendenstück in 3 Akten von Wilhelm Schmidtkorn. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/10 Uhr. Freitag, 6. März. A. 42. „Aus Rußland“, Pöse in 3 Akten von Kretzschmar, Musik von Franz Müller. Anfang 7/8 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr. Samstag, 7. März. B. 41. „Die schöne Helena“, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/11 Uhr. In Baden-Waden: Mittwoch, 4. März. 22. Ab-Vorh. „Die Eugenotten, große Oper in 5 Akten von Meyerbeer. Anfang 7/7 Uhr, Ende 10 Uhr.

### Badische Politik.

Landtagswahl in Offenburg. Muser gewählt.

Wie wir gestern durch Anschlag bekanntmachen konnten, ist bei der Landtagswahl in Offenburg-Stadt der fortschrittliche Kandidat Rechtsanwalt Muser mit 1423 gegen 1342 Stimmen, die auf den Zentrumskandidaten Hauser fielen, gewählt worden. Muser ist also mit 81 Stimmen Mehrheit gewählt. Von 2923 Wahlberechtigten haben 2777 abgestimmt, also rund 95 Prozent.

Bei den letzten Landtagswahlen am 21. Oktober v. J. hat Muser bei einer Wahlbeteiligung von nahezu 90 Prozent 848, der sozialdemokratische Kandidat 450 und der Zentrums-Kandidat Betriebs-Inspektor Hauser, 1336 Stimmen erhalten, der somit im ersten Wahlgang mit 38 Stimmen Mehrheit gewählt war. Diese Wahl wurde bekanntlich wegen grober Verstöße bei der Wahlhandlung für ungültig erklärt. Während also das Zentrum seit der Wahl am 21. Oktober nur 6 Stimmen zugenommen hat, hat der Großblock seine Stimmenzahl um 125 zu vermehren vermocht. Die sozialdemokratische Anhängererschaft hat bis zum letzten Mann Disziplin gehalten und die Parteinstimmen haben für energische Durchführung der von der Partei beschlossenen Parole gesorgt, sodaß unsere Stimmen restlos für Muser abgegeben wurden, obwohl das Zentrum den braven und „gerechtfertigten“ Sozialdemokraten mächtig am Bart kramelte und mit der Reichstagswahl in Serichow in der Luft herumfuchtelte.

Wir begrüßen den Sieg Musers mit aufrichtiger Genugthuung, einmal deshalb, weil die Kammer den Zuwachs eines tüchtigen Parlamentarier erhält, eines demokratischen Charakterkopfes, der mit der Geschichte der badischen Kammer eng verbunden ist und auch deshalb, weil dadurch dem Zentrum übermüt, der in letzter Zeit unglaublich in die Winsen schoß, ein wirklich notwendiger und abkühlend wirkender Dämpfer aufgesetzt wurde. Unsere Leute sind gerade deshalb umso freudiger für Muser eingetreten, weil er wohl einer der Besten der Besten des Zentrums ist. Der Sieg des fortschrittlichen Kandidaten bringt der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei den sechsten Sitz und damit eine Befestigung der Linksmehrheit. Früher war das Verhältnis 38 : 35, jetzt ist es 39 : 34, was im Interesse der freiheitlichen Entwicklung unseres Landes sehr erfreulich ist.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu dem Ergebnis: Der Großblockgedanke hat sich heute glänzend bewährt; das verdient gegenüber den immer wieder auftauchenden Versuchen, in der Presse rechts, die Idee der gemeinsamen Linksfrent als erledigt, als überlebt und als tot zu bezeichnen, ganz besonders hervorgehoben zu werden. Nationalliberale, Volkspartei und Sozialdemokratie erhielten zusammen heute 125 Stimmen mehr als bei den Wahlen von 1913. Daran läßt sich nichts deuten. Denn ist bemerkenswert, daß die Linke die Abstimmungsstimmzahl gegenüber den Stichwahlen von 1909 und zwar von 1343 auf 1423 steigern konnte. Die Nationalliberalen und Sozialdemokraten haben nicht nur bis zum letzten Mann für Muser gestimmt, sie haben, und das muß anerkannt werden, den volksparteilichen Bundesgenossen auch aufs tatkräftigste bei der Agitation unterstützt.

Bei den Landtagswahlen im Jahr 1909 hatte der liberale Kandidat Muser bei einer Wahlbeteiligung von 86,7 Prozent 773, der Zentrumskandidat 947 und der sozialdemokratische Kandidat 682 Stimmen erhalten. In der Stichwahl war dann Muser mit 1343 gegen 1085 Stimmen gewählt worden. Bei der Reichstagswahl erhielt in der Stadt Offenburg der liberale Kandidat Kößlich 1757 und der Zentrumskandidat 1462 Stimmen; dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß nicht alle Reichstagswähler auch für den badischen Landtag wahlberechtigt sind.

### Die Wahl im 7. bad. Reichstagswahlkreis abermals angefochten.

Gegen die Gültigkeit der Wahl des Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth ist von Seiten des liberalen Wahlkomitees eine begründete Wahlanfechtung an den Reichstag eingereicht worden.

Zur Ausschreibung von Lokomotivheizstellen für Schlosser schreibt man uns: Bei der badischen Eisenbahnverwaltung besteht gemäß amtlicher Nachrichten Bedarf an Schlossern für den Lokomotivheizdienst. Reflektanten müssen militärfrei und nicht älter als 26 Jahre sein. Außerdem sollen sie körperlich tüchtig sein und über ein gutes Seh-, Hör- und Farbenunterscheidungsvermögen verfügen. Bei Bewerbungen um diese Stellen müssen dem Gesuch die Lehr-, Arbeits- und Militärführungszeugnisse beigelegt werden. Zu richten sind die Bewerbungen an die Gr. Verwaltung der Hauptwerkstätte in Karlsruhe.

Anscheinend soll durch diese Ausschreibungen dem 3. St. bestehenden Lokomotivheizmangel gesteuert werden. Die Tatsache, daß trotz bestehender Arbeitslosigkeit es in Baden an Webern für den Lokomotivdienst fehlt, sollte der Generaldirektion doch zu denken geben. Das illustriert zur Genüge die schlechten Anstammungsverhältnisse unserer Heizer. Es ist kein Zweifel, daß mancher Nichthandwerker abseits vom Eisenbahndienst sich besser stellt als unsere Anwärter auf Heizer- und Führerstellen, die zudem ständig in Gefahr stehen Leben, Gesundheit und — Freiheit zu riskieren. Jeder Neueintretende bei der Eisenbahn soll sich ja über diese Dinge klar werden. Ein tüchtiger Schlosser findet heutzutage überall sein Auskommen; der Vater „Staat“ ist oft nicht der soziale Beglückter, als den man ihn sich so gern ausmalt. Sängt man aber einmal im Beamtenjoch, dann kommt man nur schwer los, denn die vielen Jahre Anwartschaft und Heizerchule zieht man wie eine eiserne Kette hinter sich nach und wartet von einer Enttäuschung auf die andere. Darum: Vorsicht ist die Mutter der Porzellanfabrik.

### Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

#### Gastspiel der Schwestern C. und V. Wiesenthal.

Am Freitag abend kehren wieder die hier schon bestens bekannten Schwestern Wiesenthal zu einem einmaligen Gastspiel in unserem Hoftheater ein. Ihre Darbietungen sind allerorts bekannt und anerkannt worden, denn sie erheben sich weit über das übliche Maß der Ballet-Aufführungen und Virtuositäten; vielmehr verlegen sie den Schwerpunkt des musikalischen Empfindungsausdrucks in eine plastische Sprache der Reallgemeinerung durch Betonung der Gesamtkörperform und des rhythmischen Linienspiels ihrer jeweils von der Musik gezeichneten Silhouette. Ihre Tanzdarbietungen sind somit ästhetische Vereinerungen des Körperdramas und dichterische Eigenerschöpfungen. Bei ihnen paßt sich nicht der tangende Fuß dem Rhythmus des Konzertes, den inhaltlichen Grundgedanken ganz außer acht lassend, an, sondern sie strahlen die in sich aufgenommene musikalische Idee durch mimischen Ausdruck, durch plastische Gestaltung des ausdrucksfähigen Körpers und durch erhöhte Betonung der rhythmischen Formelinie wieder von sich aus. Daß hierbei Licht, Farbe und Stoffliche Linienkomposition der Tanzschöpfung einen tieferen oder dufthäufigen Charakter geben, ist ein weiterer wirksamer Reiz, der das gezeichnete Bild auf eine harmonische Einheit von künstlerischem Wert abstimmt. — So nahm denn auch das Publikum die „Fünf Tangdarbietungen“, von denen jede ein intimer Auschnitt gekürzter Schönheitskultur darzustellen vermochte, sehr beifällig an. Neben dem mit festlichem Wirbeln wiedergelegten „Adagio“ von Bizet fand der „Pavane“ von Chopin, Strauß stürmischen Beifall und mußte wiederholt werden. Als Einleitung gab man die früher schon besprochene Operette „Danni weint — Danni lacht.“ W. Sch.

### Kunst und Wissenschaft.

Deutsche Arbeiterlänger in Paris. Man schreibt uns: In den Osttagen wird in Paris ein großes öffentliches Konzert stattfinden, das der Düsseldorf Arbeitergesangverein Freiheit veranstaltet. Die Organisation des Festes liegt in den Händen

Ein Amtsrichter wegen Beleidigung bestraft.

Engen, 28. Febr. Die Landtagswahl des letzten Jahres hatte ein gerichtliches Nachspiel. Regierungsassessor Franz hier hatte gegen Amtsrichter Straub, der sich als „Nebel des Zentrums“ bezeichnete, Beleidigungssklagen angeklagt, auf Grund verschiedener schwer beleidigender Äußerungen, die der Angeklagte am Wahltagabend in einer Zentrumszusammenkunft in der „Sonne“ begeben. Es waren gegen 20 Zeugen geladen. Das Urteil lautete gegen Amtsrichter Straub auf 50 M. Geldstrafe und sämtliche Kosten.

Bewerkschaftliches.

Der Streit bei der Firma Dyerhoff und Widmann in Karlsruhe dauert weiter. Es sind nunmehr sämtliche Tiefbaustellen dieser Firma gesperrt. Wir erwarten, daß alle Bauarbeiter nach wie vor die Arbeit bei der Firma nicht aufnehmen und auch dafür sorgen, daß kein Bauarbeiter nach Karlsruhe reist, um Mauseisenerdienste zu leisten. Die Firma gibt sich die erdenklichste Mühe, Arbeitswillige zu bekommen, jedoch bisher ohne Erfolg und ist auch zu erwarten, daß dies auch weiterhin der Fall ist.

Die Firma sucht durch die Zeitungen Arbeiter und bietet Löhne wie folgt an: Siskarbeiter 47 Pf., Zementarbeiter 52 Pfennig, Zimmerer 57 Pf. pro Stunde. Diese Löhne sind von 1 bis zu 23 Pf. pro Stunde niedriger, als wie bei anderen Tiefbauunternehmern vertraglich festgelegt. Schon dieser Umstand muß einen ernstlich denkenden Arbeiter abhalten, den Streikenden in den Rücken zu fallen.

Am Abdruck in allen arbeiterfreundlichen Blättern wird gebeten. Deutscher Bauarbeiterverband. Die Streikleitung.

Der Fluch der bösen Tat. Seitdem sich die christliche Organisation beim Streit der Langbeinischen Arbeiter als billiger Streikbrecherlieferant bewährt hat, wird diese Arbeiterorganisation von Seiten der Unternehmer so eingeschätzt, wie es ihr gebührt. So schreibt uns ein Gewerkschaftsbeamter, welcher vergangener Woche mit einem Fabrikanten und Großkaufmann am Karlsruhe Rheinshafen wegen eines Tarifabschlusses zu verhandeln hatte, daß der Unternehmer zunächst mit der Entlassung seiner familiären Arbeiter gedroht habe. Er wolle an deren Stelle christlich organisierte Arbeiter einstellen. Auf die Einwendung, daß er im Falle eines Streiks christlich organisierte Streikbrecher nicht erhalten würde, verwies der Herr auf den Streit bei der Firma Langbein u. Co. und wiederholte die Behauptung, daß er von dem christlichen Verband gewiß Leute geliefert bekäme, falls er mit den frei organisierten Schwierigkeiten bekäme. So wird also die christliche Gewerkschaft bereits von den Arbeitgebern eingeschätzt! Der gleiche Arbeitgeber bemerkte auch, daß er von den Streikbrechervermittlungsbureaus in Hamburg Angebote erhalten habe, jedoch würde er solche Leute nicht annehmen. Ihm sind die christlich organisierten Streikbrecher lieber, sie sind bedeutend billiger und nicht so anspruchsvoll wie die „Hinterbrüder“; jene würden ihm auch umsonst von den christlichen Sekretären geliefert. Die Herren haben in Jodgrim noch ein ganzes Lager, das untergebracht werden muß. Das Interessante an der Sache ist aber, daß im Betriebe unter den 20 Beschäftigten auch zwei christlich organisierte vorhanden waren, welche allerdings große Augen machten, als sie erfuhren, welche Rolle ihren christlichen Verbandskollegen im Falle eines Streiks zugebacht war. Ihnen selbst wäre es eben ergangen wie den drei christlich organisierten Holzarbeitern bei Langbein u. Co. Wenn der Streit einige Tage angehalten hätte, dann wäre ihnen die Unterstützung verweigert und sie in den Betrieb zurückgejagt worden. Für die vollständige Bekämpfung mit Streikbrechern hätten die Herren Sekretäre des Verbandes mit dem langen Namen schon gesorgt.

Verband „gläubiger Väter“. Wie die „Bad. Warte“ meldet, wurde in Karlsruhe ein badischer Verband gläubiger Väter gegründet, der zum Vorsitzenden Vätermeister Brändle aus Forzheim wählte. Die Gründung erfolgte anlässlich der zweiten badischen Konferenz gläubiger Väter. Es wäre interessant zu erfahren, was die im „Verband der gläubigen Väter“ organisierten Zeugniskünstler alles glauben.

Soziale Rundschau.

Die Vermerklissen der Stellenvermittlung für Arbeiter bei der Gr. Bad. Staatsbahnverwaltung weisen im Februar wiederum einen erheblichen Zugang an Arbeitsuchenden, dagegen keinen Bedarf an solchen auf. Insgesamt sind bei 23 (21) Dienststellen 312 Arbeitsuchende gegen 236 im Januar vorigen Jahres. Diese verteilen sich wie folgt über das Land: Mannheim 64 (im Januar 64), Basel 42 (2), Kirchheim bei Heidelberg 32 (0), Karlsruhe 31 (17), Bruchsal 28 (50), Lauda 23 (26), Freiburg 10 (8), Forzheim 10 (7), Bretten 10 (10), Baden-Baden 9 (9), Heidelberg 9 (9), Appenweier 8 (8), Gausach 8 (0), Offenburg 8 (0), Konstanz 7 (7), Graben 7 (0), Schwetzingen 2 (2), Lauterbachshausen 2 (2), Baden-Dos 1 (0) und Schaffhausen 1 (0).

Kommunalpolitik.

Schulärzte im Hauptamt oder im Nebenamt? Ueber den Umfang der schulärztlichen Tätigkeit hat der Magistrat der Stadt Magdeburg bei den 48 Großstädten des Reiches eine Umfrage veranstaltet. Während die Mehrzahl der Städte sich mit einer schulärztlichen Ueberwachung der Volksschulkinder begnügt, gingen 21 Großstädte darüber hinaus, indem sie auch die Schüler der mittleren und höheren Schulen, zum Teil auch der Fortbildungsschulen in die Ueberwachung einbezogen. In Düsseldorf, Nürnberg und Straßburg ist die ärztliche Ueberwachung auch auf das vorschulpflichtige Alter — Kleinkinder- und Warteschulen — ausgedehnt. Nur 10 Städte haben Schulärzte im Hauptamt, dagegen 38 solche im Nebenamt angestellt, während in zwei Städten ein Mischsystem herrscht. — Die Erfahrungen, die die Städte mit den Schulärzten im Hauptamt gemacht haben, waren durchaus glückliche. Die schulärztliche Tätigkeit ist gleichmäßiger und einheitlicher, die Schulhygiene und sonstige soziale Fürsorge wird von hauptamtlichen Ärzten besser wahrgenommen, als von Praktikern, die wenig oder keine Zeit zur theoretischen Beschäftigung mit hygienischen und sozialhygienischen Fragen haben. Den hauptamtlichen Schulärzten soll dagegen der Zusammenhang mit der Praxis fehlen und ihre einseitige Betätigung auf einen kleinen Ausschnitt ärztlicher Fürsorge die Gefahr der Schablonisierung ihrer Tätigkeit mit sich bringen. Ebenso fehlt ihnen mangels der Ausübung ärztlicher Praxis die Fühlung mit den sozialen Verhältnissen in den Schulbezirken, während der Schularzt im Nebenamt diese Fühlung seiner übrigen Tätigkeit ohne weiteres erlangt. Die große Zahl der von einem hauptamtlichen Arzt zu überwachenden Kinder hindert auch an einer individualisierenden, auf die Kenntnis der Familienverhältnisse der Kinder gestützten Ausübung der schulärztlichen Tätigkeit. Die städtischen Körperkassen in Magdeburg beschließen.

das System der nebenamtlichen Schulärzte beizubehalten und die Ueberwachung auch nicht über die Volksschulkinder hinaus auszubehalten, weil die Eltern der Schüler höherer Schulen selbst in der Lage sind, für die ärztliche Ueberwachung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Für die Ueberwachung der Volksschüler wurde eine dreimalige Unterjudung jedes Kindes festgelegt, und zwar in der Weise, daß die erste Unterjudung in den ersten Schulwochen nach Eintritt, die zweite nach dem vierten Schuljahr und die dritte Unterjudung am Beginn des letzten Schuljahres vorgenommen ist. Bei der letzten Unterjudung ist den Kindern ärztlicher Rat für den zu ergeiffenden Beruf zu erteilen.

s. Bürgerausschussung in Kleinsteindach. In der am 23. Februar stattgefundenen Bürgerausschussung wurde neben den Tagesordnungspunkten „Voranschlagsberatung für 1914“ und „Abhör der Gemeinde- und Krankenkassenrechnung für 1913“ auch die Erziehung für zwei zu uns zählen ausgezeichneten Mitglieder der dritten Wählerklasse vorgenommen. Da die Konjunktur im Bürgerausschuss die Mehrheit haben, war vorzuziehen, daß sie aus diese beiden Sätze abzweigen werden. Es wurde Georg Wähler und Karl Koch gewählt. Diese beiden Arbeiter sitzen nun auf Kosten der Sozialdemokratie im Kleinsteindacher Bürgerausschuss. Stolz brauchen sie auf das solcher Art erworbene Amt nicht zu sein. Die Wähler der dritten Klasse werden auf diesen Gewaltakt der Konjunktur bei der nächsten Wahl schon die gebührende Antwort geben.

Der vom Gemeinderat vorgelegte Voranschlag, der eine Umlageerhöhung von 56 auf 68 Pfg. vorsieht, wurde ohne Debatte einstimmig gutgeheißen. Ebenso wurde die Gemeinde- und Krankenkassenrechnung vom Jahre 1913 entgegengenommen. V. A. M. Karl Seeger beschwerte sich, daß zu viel Pfaffenrinnen gemacht wurden. Er ist offenbar der Ansicht, daß er an der schönen Landstraße wohnt, wo alles in Ordnung ist, daß die andern Bürger, die in den Nebenstraßen wohnen, ruhig im Not und Schlamme herumlaufen können. Wenn nur seine konterbaiten Wünsche befriedigt sind. Die Wähler, die in den Nebenstraßen wohnen, mögen sich diese Ausführungen merken und bei der nächsten Wahl sich danach richten. Der Gemeindevoranschlag schließt mit einer Gesamtausgabe von 16 858 M. ab. Die Einnahme beträgt 8373 M. Durch Umlage zu bedien sind 10 485 M. Die Steuerwerte und -Sätze betragen: Liegenschaftsteuerwert 1 207 160 M., Umlage wird erhoben 68 Pfg., ergibt 7001 M.; des Betriebvermögens 37 400 M., die Umlage 68 Pfg., ergibt 217 M.; das Kapitalvermögen beträgt 135 600 M., die Umlage 16 Pfg., macht 217 M.; Arbeitsverhältnis, sonstige Quellen 30 476, Umlage 92,5 Pfg., macht 2828. Summe der Umlage 10 496. — Nach einigen Anfragen und Bemerkungen wurde die Sitzung geschlossen.

r. Gagenau. Nächsten Mittwoch findet eine Bürgerausschussung statt. Die Sitzungen sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt.

Der Voranschlag von Forzheim. Der städtische Voranschlag von Forzheim für 1914, der bekanntlich eine Umlageerhöhung von einem Pfennig auf 38 Pfg. bringt, ist jetzt im Druck erschienen. Eine starke Zunahme zeigen die Rechnungsergebnisse der gewerblichen Unternehmungen, des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes, so daß außer den vorgeschriebenen Abschreibungen noch den einzelnen Reservefonds beträchtliche Ueberschüsse zugeführt und erhöhte Beiträge zum städtischen Haushalt für 1914 vorgeesehen werden können. Der Abschluß der Straßenbahnkasse war nicht so günstig, wie im Jahre 1912. Im verfloffenen Jahre waren die Einnahmen höher, als vorgeesehen war, aber auch die Ausgaben sind gestiegen. Die Anleiheausgaben der Stadt Forzheim betragen auf 1. Januar d. J. 44 397 000 M. Zu ihrer Verzinsung sind 1 716 948 M., zur ordentlichen Tilgung 617 770 M. erforderlich.

Nachhausneubau in Oberwiesheim. Zur Deckung der Kosten für einen Nachhausneubau mit Behrewohnung in Oberwiesheim wurde der Gemeinde von der Groß. Forst- und Domänenverwaltung Karlsruhe ein außerordentlicher Zuschuß genehmigt. Zu diesem wurde ein Ausschub der stärksten Eichen vorgeesehen; es befinden sich darunter solche von über 2 und 3 Fustmetern.

r. Bau eines Zentralfriedhofes in Heidelberg. Unter den 5 Vorlagen, welche den Bürgerausschuss in seiner dreißigsten Sitzung vom letzten Freitag beschäftigten, war es in erster Linie die Vorlage der Errichtung eines neuen Zentralfriedhofes, welche außerordentliches Interesse beanspruchte. Der Gesamtaufwand beträgt 1 228 600 M. Zu bewilligen wären noch 721 600 M. Die Vorlage erfuhr von allen Seiten, einschließlich des Zentrums, freundliche Begrüßung und Bestätigung. Trotzdem das Zentrum durch zwei Redner die Vorlage im allgemeinen anerkannte, konnte es nicht umhin, Konstanz in erneuter Auflage aufzumarschieren zu lassen. Es appellierte dabei recht laut an die Toleranz gegenüber dem Katholizismus, an dieselbe Toleranz, die man in jenen Kreisen, besonders in ihrer geistlichen Vertretung, leider recht oft vergebens sucht. Diesmal hatte es ihnen der Zustand angetan, daß die Verfertigungseinrichtung zur Leichenverbrennung sich im gleichen Raum mit der Einsegnung befindet. Auffallend war, daß das Zentrum bezug seiner Vertreter weder in der Kommission noch im Stadtrat, trotz Kenntnis des Gespantes, keinerlei Protest gegen das Vorhaben laut werden ließen. Heute machte daselbst Zentrum, nachdem sein Antrag auf völlige räumliche Trennung der beiden Einrichtungen mit allen gegen seine eigenen Stimmen abgelehnt worden war, mobil gegen die Vorlage. Der Stadtrat war gewillt, entgegenzukommen und durch einen Kompromiß (Verziehung des Verfertigungsapparates nach Bedarf bei katholischen Leichensegnungen und Unschärfmachung der ganzen Verfertigungseinrichtung) die Gegenstände zu überbrücken. Es half alles nichts. Die kirchliche Machtberei wollte alles oder nichts. Nachdem die starre dogmatische Forderung des Zentrums abgelehnt war, stimmte dieses gegen die Stimmen des Zentrums dann an. — Aus dem Bürgerausschuss von Heidelberg. Neben der Vorlage betr. Bau eines Zentralfriedhofes kamen in der Sitzung vom letzten Freitag noch verschiedene weitere wichtige Vorlagen zur Erledigung. Die Vorlage auf Ausbau der höheren Mädchenschule mit einer Realschulabteilung wurde gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem der Stadtrat im Dezember seinen Antrag auf Ausbau mit einer Oberrealschulabteilung zurückgezogen hatte. — Die Vergrößerung des Betriebsbahnhofes der Straßenbahn wurde mit 136 000 M. einstimmig genehmigt. Bedingt wird diese Maßnahme durch die recht erfreuliche Ausdehnung der Straßenbahnlinien im Nachbarortverkehr. — Die Vergrößerung des städtischen Hallenbades um 7 Zellen dritter Klasse mit einem Aufwand von 5000 M. wurde einstimmig gutgeheißen. — Ebenso einstimmig befierte die Vorlage betr. Gehalt, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgungsverhältnisse des Oberbürgermeisters des Kollegiums. Derselbe erhält ab 1. Januar 1914 jährlich 16 000 M., steigend in zweijährigen Zyklen um 1000 M. auf 17 000 M. Endejahr. Als anrechnungsfähige Zeit zählt die Zeit ab 1. Juli 1881. Dem Oberbürgermeister steht außerdem ferner Bezug von Gas, Wasser und Elektrizität zu. Freie Dienstwohnung erhält er nicht.

Wahl eines 1. Bürgermeisters in Heidelberg. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl des 1. Bürgermeisters hat mit 7 gegen 8 Stimmen, die auf einen Mannheimer Verwaltungsbeamten fielen, und 2 Stimmenhaltungen beschlossen, zum 1. Bürgermeister den bisherigen 2. Bürgermeister, Wielandt, vorzuschlagen.

\* Straßenbahn Heidelberg—Schwefingen. Der Stadtrat von Heidelberg hat in seiner Sitzung vom 26. d. M. beschlossen, dem Bürgerausschuss eine Vorlage zuzumachen zu lassen in der die Bewilligung der Mittel für den Bau einer elektrischen Straßenbahn von Heidelberg über Epfelfeim—Mannstadt nach Schwefingen angefordert werden soll.

\* Der Voranschlag von Freiburg. Nach dem Voranschlag für das Jahr 1914 der Stadt Freiburg tritt eine Umlageerhöhung von 2 Pfg., und zwar von bisher 32 auf 34 Pfg. ein. Die Gesamtausgaben der Stadtasse sind auf 16 866 930 M., die Einnahmen auf 13 375 130 M. veranschlagt. Die Umlage für Liegenschafts- und Betriebsvermögen ist auf 34 Pfg. angesetzt. Die Entwürfe über die Erhebung einer Luftarbeitsteuer ferner über die Einführung einer Kanal- und Müllabfuhrgebühr werden erst nach Beendigung der Voranschlagsberatung aber noch im Laufe des Jahres dem Bürgerausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

\* Oberbürgermeister Dr. Weber Ehrenbürger von Konstanz. Der Stadtrat und der Bürgerausschuss von Konstanz traten Freitag vormittag zu einer kurzen vertraulichen Sitzung zusammen, in welcher nach einer Ansprache von Bürgermeister Kaufmann und Stadtordeordneten-Domann Lohe einstimmig und beabsichtigt beschlossen wurde, den am 1. März d. J. von seinem Amte zurücktretenden Oberbürgermeister Dr. Weber zum Ehrenbürger der Stadt Konstanz zu ernennen.

\* Vergebliches Bemühen. Der Gemeinderat von Rehl beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit dem Weggang des Herrn Bürgermeisters Dietrich. Er verjagte, Herrn Dietrich zu bewegen, seinen Entschluß rückgängig zu machen, in welchem Falle sein Jahresgehalt von 7600 auf 10 000 M. erhöht werden würde. Die Bemühungen blieben aber ohne Erfolg.

\* Die Anleihe der Stadt Freiburg genehmigt. Der Stadtrat der Gemeinde Freiburg wurde vom Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium des Groß. Hauses, des Justiz und des Auswärtigen und dem Groß. Ministerium der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von zu 4 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 10 Millionen Mark, sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinsscheine erteilt.

\* Sehnsucht nach der Einverleibung. In der letzten Bürgerausschussung der Gemeinde Rehl leitete der Vorsitzende mit, daß die vom Gemeinderat dem Bürgerausschuss vorgelegte Wassererparungsanlage zurückgezogen werde, da man an den Mannheimer Stadtrat eine Eingabe gerichtet habe, die auf eine Eingemeindung nach Mannheim hinzielt. Man wolle die Antwort abwarten. Während verschiedene Redner sich für die Eingemeindung aussprachen, bezeichneter Wagnermeister Prigler die Bewegung für eine Eingemeindung als Partei- und Interessenspolitik. Er blieb jedoch mit dieser Meinung allein.

\* Bürgermeisterwahl in Mandern. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Keller wieder gewählt.

\* Kleine kommunale Mitteilungen. Der städtische Voranschlag der Stadt Schwefingen für das Jahr 1914 sieht den gleichen Umlagefuß von 47 Pfg. wie im Vorjahr vor. Die Gesamteinnahmen betragen 175 000 M. Die Gesamtausgaben 414 602 M.

Aus dem Lande.

Durlach.

— Was lange währt... Seit gestern (Sonntag) früh ist der Verkehr der elektrischen Bahn auf der Stadtbahn bis zum „Karlsruhe“ ausgenommen.

— Schneller Tod. Samstagabend erlitt der bekannte frühere Wäfler F. Schäfer, ein seit Jahren arbeitsunfähig gemordeter Veteran von 1870 auf der Hauptstraße einen Herzschlag. Der Tod trat sofort ein.

— Ueber die Tätigkeit des Verwaltungsgerichts für den Bezirk Durlach ist den Besitzern jenseit der Jahresbericht für 1913 mitgeteilt worden. Demnach hat sich die Tätigkeit des Gerichts, trotzdem nun auch Verwaltungen in den Bereich einbezogen ist, in demselben Rahmen bewegt, wie 1912. Es wurden 49 Fälle anhängig gemacht, gegen 50 Fälle 1912. Davon betrafen allein 13 das Bauwesen, während 12 Fälle auf das Wirtsgewerbe entfielen, auch das Metallgewerbe ist mit 5 Fällen vertreten. Die 49 Fälle wurden erledigt: 16 durch Urteil, 17 durch Vergleich und 16 durch Zurücknahme und Versehenlassen. Die 49 Streitfälle wurden in 28 Sitzungen erledigt und zwar in 15 mit und in 13 ohne Versteigerung. In der großen Mehrzahl der Fälle war der Streitwert gering. Er betrug in 26 Fällen unter 20 M., in 12 Fällen 20—60 und ging nur in 5 Fällen über 100 M. hinaus. In 34 Fällen erfolgte ihre Erledigung innerhalb einer Woche, in 9 Fällen innerhalb 2 Wochen. Die gesamten Gerichtskosten betragen 759,65 M.

Ettlingen.

— Eigenartiger Brand. Schon seit einigen Tagen macht sich in einem Haus in der Kronenstr. in dem ein Eiseller eingebaut ist, ein intensiver Brandgeruch bemerkbar. Nach eingehender Untersuchung entdeckte man, daß der zwischen dem Kellerwand und der äußeren Gebäudemauer als Isoliermaterial eingelegte Torf durch Selbstentzündung ein starkes Glimmen geraten war. Die Mauer wurde aufgeschnitten und der Brandherd unschädlich gemacht.

— Die Umlage. Der Gemeinderat hat beschlossen, als Umlagefuß für Liegenschafts- und Betriebsvermögen wieder 30 Pfg. für Kapitalvermögen 15 Pfg. und für Einkommen 45 Pfg. zu erheben.

Offenburg.

L. Eine Bezirksratsung mit 22 Tagesordnungspunkten findet am Mittwoch hier statt. Darunter sind 7 Entschädigungsfälle für tuberkulöse Kühe und 2 Milchrandfälle.

L. Wegen Vergehens gegen das Neblausgesetz wurde Landwirt Biral Vogt von Durbach von der Strafkammer zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt.

Wegen Vergehens zweier Sittlichkeitsverbrechen (§ 17 Abs. 3) hatte sich der seit Oktober vorigen Jahres als Kanoniker beim Freiburger Artillerieregiment eingestellte Maurer Georg Friedrich Fall von Unterarmersbach zu verantworten. Der 30-jährige Täter wurde der Justiz zur Beurteilung ausgeliefert. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

i. Anielingen, 1. März. Der hiesige Fasselwärter Jakob Bauer II konnte am 8. Februar auf eine 25jährige Dienzeit als Fasselwärter der Gemeinde zurückblicken. Der Gemeinderat hat die lange und treu geleistete Dienzeit dadurch geehrt, daß er dem Jubililar in einer besonderen Sitzung ein Geldgeschenk von 50 Mark überreichte.

\* Mannheim, 27. Febr. Aus Ludwigshafen wird gemeldet, daß der gefürchtete Ein- und Ausbrecher Tomjic, dem es zuletzt Ende Dezember gelang, trotz Bewachung durch vier Bedarmen, während des Gangantransportes zu entweichen, jedoch bald wieder eingekerkert wurde, hat seinen vielen Ausbrechertumstüchchen ein neues würdig zur Seite gestellt. Trotz seiner Fesselung gelang es ihm in Hohenburg, aus seiner Wertschließung mit den Fingern einen Rasel herauszuarbeiten, den er mit den Zähnen trumm besaß und ihn als Dietrich zum Dessein seiner

Reifen mit Erfolg bemühte. Seine unglaubliche Kraft und Gewandtheit, der frumme Nagel und ein kleines Stüchlein Blech verarbeitete ihm in die 60 Zentimeter dicke Wand ein großes Loch zu bohren. Noch eine Viertelstunde und er wäre wieder frei gewesen, wenn nicht gerade ein Wärter dazugekommen wäre und dem grausamen Spiel ein Ende bereitet hätte. Nun hat man den Ausbrecherkönig in eine andere Zelle gebracht und jede halbe Stunde inspiziert ein Wärter.

**L. Ochsbad, 27. Febr.** Am Donnerstagabend brach im Ochsbad zum „Recht“, wahrscheinlich durch ein schabhaftes Stimm, ein Brand aus, welcher den Dachstuhl zerstörte und sonstigen großen Schaden anrichtete. Außer der Ortsfeuerwehr war auch diejenige von Gengenbach bei den Löscharbeiten tätig. Der Schaden ist ziemlich beträchtlich.

**Willingen, 27. Febr.** Vorgeternabend brannte das Anwesen des Kohlenhändlers Mangold vollständig nieder. Während der Nacht wurde das Nachbargebäude des Landwirts Ummenhofer ebenfalls durch Feuer zerstört. Die Brandursache ist unbekannt; man vermutet Brandstiftung.

**Guttingen, 27. Febr.** Dieser Tage gab der Italiener Caprini, der eine Kofferberei für Italiener unterhielt, im Streit auf einen Koffergänger zwei Schüsse ab, die diesem durch die Hüfte gingen. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. — Ein anderer Darstellung zufolge soll Caprini einen Schlafgegnossen im Schlaf überfallen und zwei Schüsse auf ihn abgegeben haben.

**Konstanz, 27. Febr.** Als ein wegen verdächtigter Schindereien schon längere Zeit gefuchter Doktor Herlinghaus verhaftet werden sollte, sprang er zum Dachfenster eines zweistöckigen Hauses hinaus und blieb mit erheblichen Verletzungen liegen. — Ein wegen Sadarinschmuggels inhaftierter Untersuchungsgefangener namens Jöbel ist aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis entwichen und entkam in die Schweiz.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. März.

#### Bildungsausschuß.

Wegen Behinderung des Referenten muß der auf heute Montag, 2. März, angefundigte Vortrag bis auf weiteres verschoben werden.

**Errichtung eines Staatsbahnhofs Karlsruhe-Ost.**  
Wegen Errichtung einer Haltestelle der neuen Staatsbahn an der Durlacher Landstraße für Personen- und Güterverkehr war der Stadtrat wiederholt bei der groß. Eisenbahnverwaltung vorgegangen. Diese hat jedoch den Standpunkt eingenommen, daß ein dringendes Bedürfnis für die Errichtung einer Staatsbahnhaltstelle für die Oststadt nicht anerkannt werden könne und daß, falls sich die Errichtung später als notwendig erweisen sollte, nur die Lage nördlich der Gerwigstraße in Betracht kommen könnte. Ob die Station dann lediglich für den Güterverkehr eingerichtet werde, müsse späterer Prüfung vorbehalten bleiben. Voraussetzung für die Errichtung der Station überhaupt sei, daß die Stadt mindestens das nötige Gelände der Eisenbahnverwaltung unentgeltlich zur Verfügung stelle.

Der Stadtrat konnte sich bei diesem Bescheide nicht beugen und erwiderte daher das groß. Finanzministerium, Entschädigung dahin zu treffen, daß die Haltestelle nicht nördlich der Gerwigstraße, sondern an der Durlacher Allee im Anschluß an die hiesige Straßenbahn errichtet wird. Die unentgeltliche Stellung des Geländes wurde vom Stadtrat abgelehnt. Hierauf teilte nun das groß. Ministerium der Finanzen (Eisenbahn-Abteilung) dem Stadtrat mit, daß dem Wunsch des Stadtrats, einen für den Personen- und Güterverkehr eingerichteten Bahnhof Karlsruhe-Ost zwischen Durlacher Allee und Gerwigstraße zu errichten, nicht entgegen werden könne, da der beträchtlich höhere Aufwand und sonstige Nachteile die Ausführung der Anlage verbieten. Wenn der Stadtrat sich aber mit der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Lage (nördlich der Gerwigstraße) einverstanden erklären würde, wären die Verhältnisse soweit geklärt, daß der Aufstellung des Bauungsplanes unter Berücksichtigung der geplanten Bahnhofsanlage keine Hindernisse mehr im Wege stünden. Die Sachlage würde sich allerdings ändern, wenn der Stadtrat nicht nur jetzt, sondern auch für alle Zukunft auf die Anlage einer aus dem Güterverkehr dienenden Station Karlsruhe-Ost verzichtete und sich mit der Anlage eines Personengüterbahnhofes begnügen wollte. In diesem Falle würden die gegen die Anlage des Güterbahnhofes an der Durlacher Allee erhobenen Einwände aus der Betrachtung auscheiden und das groß. Ministerium würde dann, um dem Stadtrat entgegenzukommen, eine Nebenstation gegen die Lage des lediglich gewöhnlichen Personengüterbahnhofes an der Durlacher Allee und gegen die Anordnung eines tiefliegenden Aufnahmegeräudes darstellt fallen lassen und wäre in der Voraussetzung der unentgeltlichen Geländebestellung seitens der Stadt bereit, zwischen der Durlacher Allee und der Gerwigstraße eine für alle Zeiten ausschließlich dem Personenverkehr dienende Station auszuführen, sobald die erforderlichen Mittel dazu von den Landständen genehmigt sein würden.

Der Stadtrat hält demgegenüber nach wie vor daran fest, daß die richtige Lage des Ostbahnhofs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gerwigstraße befindet, daß einer Verleumdung bei der Nähe des Güterbahnhofes untergeordnete Bedeutung beizumessen ist, ferner ist der Stadtrat der Ansicht, daß die Errichtung einer Personengüterhaltestelle den augenblicklichen dringenden Bedürfnissen entsprechen würde, daß aber doch eine Anlage geschaffen werden sollte, die einen den jeweiligen Bedürfnissen entsprechenden Ausbau ermöglicht. Ein Verzicht auf die Anlage einer aus dem Güterverkehr dienenden Station für alle Zukunft sei nicht möglich; ebenso wenig könne sich die Stadtgemeinde dazu verstehen, das für den Bahnhof erforderliche Gelände unentgeltlich zu stellen, zumal es gar im staatlichen Besitz ist. In diesem Sinne soll nochmals eine Vorstellung an das groß. Ministerium der Finanzen (Eisenbahn-Abteilung) gerichtet werden.

Es wäre denn doch zu wünschen, daß man wenigstens ein Mal in der Generaldirektion Verständnis und Entgegenkommen für die berechtigten Wünsche der Stadt zeigt. Schließlich weiß doch der Stadtrat immerhin doch besser, was für die Oststadt zweckdienlich ist, als die Herren im Finanzministerium.

**Die Hauptversammlung der Sektion Karlsruhe des Badischen Schwärztaubvereins,** die letzten Donnerstag stattfand, beschloß, Schritte zu unternehmen, um die Hauptversammlung des Vereins im Jahre 1915 nach Karlsruhe zu bringen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige 1. Vorsitzende, Geheimrat Hübner, der 2. Vorsitzende die Leitung der Sektion geführt, zum Ehrenvorsitzenden der Sektion Karlsruhe ernannt. Zum Vorsitzenden wurde Professor Wosinger gewählt.

**Uraufführung am Hoftheater.** Das Hoftheater hat das neue Werk von Freiherr von Wallerstein, des Komponisten der erfolgreichen Oper „Derst Chabert“, die Oper „Richardis“ zur Uraufführung angenommen. Das Werk kommt noch in dieser Spielzeit zur Aufführung.

**Falscher Feueralarm.** Gestern Abend halb 10 Uhr wurde die Glocke des am Hause Gittingerstraße 48 angebrachten öffentlichen Feuermeldeversäuers zertrümmert und der Feuermelder gezogen, was zur Folge hatte, daß die Feuerwache am Tatorf erlitten. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

**Jugentleistung.** Am Samstag mittag 12 Uhr entließ bei der Station Hagsfeld auf der Strecke Karlsruhe—Mannheim der Tender der Maschine eines Arbeitszugs, anscheinend infolge falscher Weichenstellung. Auf der Strecke Hagsfeld—Hagsfeld mußte längere Zeit eingeleiteter Betrieb aufrecht erhalten werden. Nach zwei Stunden war das Gleis wieder frei. Zwei Schnellzüge und einige Güterzüge hatten Verzögerungen erlitten.

### Veranstaltungen.

**Arbeiterbildungsverein.** Heute, Montag, abends 8½ Uhr, hält im Hause Wilhelmstraße 14 Herr Professor Albert Rehler einen Experimentalvortrag: „Licht und Sehen (Optik)“. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste willkommen.

**Im Kolosseum** hat mit dem 1. März ein vollständig neues Programm begonnen und sind die einzelnen Programmnummern aus dem heutigen Informativ ersichtlich. Eine besondere Anziehungskraft dürften die Originalchinesentruppe „Lian Schön“ sowie „The Adwiga“ mit ihrem dreifachen Königsbaldern ausüben, auch die übrigen Programmnummern sind nur aus erstklassigen Varietékünstlern zusammengestellt.

**Festhallekonzert.** Als „Nachlänge vom Karneval“ kann man das am Sonntag mittag von der Kapelle des Feldartillerie-Regiments Nr. 14 in der Festhalle veranstaltete Streichkonzert bezeichnen. Der Musikmeister von Oranga hatte ein Programm zusammengestellt, das eine ganze Reihe der bedeutendsten Schöner unserer neuesten Operetten enthielt, die von den Musikern in ganz vorzüglicher Weise gespielt wurden. Es herrschte denn auch von Anfang an, als die ersten prächtigen Weisen erklangen, fröhlichste und gemühtlichste Stimmung. „Geheißert“ sang alles die eingeleiteten allgemeinen Gesänge mit. Herr Oranga quittierte für den hübschen Beifall mit einer solchen Anzahl Zugaben, daß das Programm mindestens die doppelte Anzahl Vorträge enthielt, als angekündigt waren.

**Starbierfest im „Mühlen Krug“.** Mährisch, kurz nach Fastnacht, veranstaltet die Brauerei Sinner-Gründel die in weiten Kreisen der Bevölkerung beliebte Starbierfest. Am gestrigen Sonntag fand das erste dieser Feste statt. Der geräumige Saal des „Mühlen Krug“ war dicht besetzt. Den musikalischen Teil der Unterhaltung hatte die Artilleriekapelle unter Leitung ihres Dirigenten Schotte übernommen. Es war wirklich ein Genuß, den vorzüglichen Darbietungen zuzuhören. Jedes Musikstück wurde dann auch lebhaft applaudiert. Auch was sonst geboten wurde, hauptsächlich die Abingung der allgemeinen Lieder, war dazu angeht, die Teilnehmer in bester Stimmung zu erhalten. Das Beste der Veranstaltung war unstreitig das Auftreten des Vadenia-Milieu als Katscherr. Bei seinem Erscheinen schon lebhaft begrüßt, setzten wahre Lachsalven ein, als er seine mit vielem Humor gewürzten Reden zum Besten gab. Es herrschte im ganzen fröhlichste Stimmung und ausgelassener Humor.

**Fußball.** In Freiburg spielte am Sonntag F.-C. Mühlburg gegen Freiburger Fußballklub im Ligaspiel. Das Spiel endete 0:0. — Die Kreisspiele geistigen folgende Resultate: Fürtz — Rieders Stuttgart 2:0, Frankfurt — Mannheim 2:3.

### Neues vom Tage.

#### Luftschiffahrt.

**Mannheim, 28. Febr.** Das Marineluftschiff „S. A. 2“ unternahm heute vormittag 11 Uhr seine erste Verflüchtungsfahrt. Das Schiff ist in seinen Dimensionen größer als das erste Modell. Es hat vier Maschinenagenden mit der Propellern und vorne eine Führergondel, während das alte nur 2 Propeller hatte. — Um 11 Uhr 20 Minuten wurde das Luftschiff in guter Fahrt und beträchtlicher Höhe über Mannheim gesichtet. Um 11 Uhr 40 Minuten ist das Luftschiff vor der Halle in Brühl wieder glatt gelandet.

**Mannheim, 1. März.** Das Militärluftschiff Schütte-Lanz 2 ist heute morgen 10.15 Uhr zur zweiten Probefahrt aufgefahren. An Bord waren 25 Personen, darunter die militärische Abnahmecommission. Nach 1½stündiger Fahrt über der Umgebung von Mannheim ist das Luftschiff 11.55 Uhr wieder glatt vor der Halle gelandet.

#### Feuerschäden im „Vorwärts“.

**Berlin, 28. Febr.** Heute vormittag brach in der Druckerei des „Vorwärts“ in der Lindenstraße ein Feuer aus, das mehrere Rotationsmaschinen und den Maschinenraum erheblich beschädigte. Bei den Löscharbeiten erlitt ein Brandmeister, sowie ein Oberfeuerwehmann durch Entschlammten Brandwunden, die auf der nächsten Hilfsstunde verbunden wurden. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

#### Ginrichtung.

**Stade, 2. März.** Hier wurde heute der 80jährige Barber Kaiser hingerichtet, der am 1. Juli vor. Jahres an einem fünfjährigen Wächern einen Aufstand begangen hatte.

#### Dyker der Fremdenlegation.

**Mainz, 27. Febr.** Hier wurde gestern am Rheinufer eine Flaschenpost angetrieben. Die Flasche enthielt einen Zettel mit folgender Aufschrift: „Wir sind zur Fremdenlegation verschleppt. Befreit und schnell.“ Der Zettel war datiert: Straßburg, 1. Dez. 1913, und war unterschrieben von C. Gohheimer, Adam Kaufmann, Ludwig Widler und Karl Garenburg. Es ist festzustellen, daß der Unterzeichnete Widler seit Ende November vermißt wird. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

#### Folgen schwerer Faschingschäfers.

**Nerlosch, 28. Febr.** Am Fastnachtstrubel begab sich ein Arbeiter, als Strohpuppe verkleidet, auf die Straße; einige Durstigen zündeten die Verkleidung an. Der Mann erlitt schwere Brandwunden und ist daran gestorben.

#### Elternmord aus Gähgür.

**Petersburg, 27. Febr.** Ein erschließliches Verbrechen wurde im Dorfe Botak unweit Niw verübt. Der einzige Sohn des reichen Grundbesizers Tschusko beschloß, seine Mutter zu ermorden, um den späteren Besitz nicht teilen zu müssen. Der Sohn schlüß nachts ins Zimmer seiner Mutter, die der Geburt eines Kindes entgegen sah, und ermordete sie. Als der Vater durch den Lärm aufgeweckt in das Gemach trat, erschlug ihn sein Sohn mit einem Beil und warf seinen vollständig zerstückelten Körper den Hunden zum Fraß vor. Der Doppelmörder wurde wenige Stunden nach der Tat verhaftet.

#### Dem Schicksal der Arbeit.

**Galtorn, 28. Febr.** Die Steuerung eines Kraftwagens einer hiesigen Brauerei versagte beim Herunterfahren eines Berges. Der Wagen lief in eine Baumgruppe, die beschädigt wurde. Der Fahrer erlitt so schwere Verletzungen, daß er hoffnungslos darniederliegt. Sein Mitfahrer wurde ebenfalls erheblich verletzt.

**Konstantinopel, 28. Febr.** 20 Arbeiter, die mit der Errichtung von Parkanlagen in der Nähe des kaiserlichen Palastes, des Serails, beschäftigt waren, sind unter der einstürzenden Mauer begraben und getötet worden.

**Magdeburg, 28. Febr.** 5 Streikarbeiter wurden heute vormittag um 9 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof von einem Jünger überfahren. Infolge des herrschenden Nebels bemerkten die Leute nicht, daß während sie einem Zuge auswichen, ein anderer Zug heranbraute. Alle 5 Arbeiter wurden von der Postomotive erfaßt, zu Boden gerissen und sofort getötet.

**Maubeuge, 28. Febr.** Drei Eisenbahnarbeiter wurden infolge Nebels von einem Güterzug überfahren und getötet.

**Antarktische Expedition.**  
**London, 27. Febr.** Wie die „Daily Mail“ aus Adelaide meldet, ist die antarktische Expedition Dr. Rawsons an Bord der „Aurora“ jetzt zurückgekehrt. Dr. Rawson und seine Expedition hatten in der Eiswüste die furchtbarsten Gefahren zu bestehen. Zwei seiner Begleiter sind umgekommen. Es ist Dr. Rawson gelungen, bedeutende wissenschaftliche Erfolge zu erzielen. Er hat große Sammlungen von unbekanntem Fischarten und Seevögeln mitgebracht, die zum Teil in 2000 Meter Tiefe gefunden wurden. Eine wunderbare Sammlung aus der antarktischen Tierwelt befindet sich im Besitz Dr. Rawsons. Dieser erklärte weiter, reiche Steinkohlen- und andere Mineralager in der Antarktis gefunden zu haben.

**Schlacht zwischen Räubern und Gendarmen.**  
**Teheran, 27. Febr.** Gestern und heute hat ein ernstes Gefecht bei Kazerun zwischen Gendarmen und Räubern stattgefunden. Der schwedische Major Olsen wurde getötet, 150 Gendarmen verletzten gegenwärtig die Paraden. Eine kleine Verstärkung mit zwei Maschinengewehren hat Schiras heute früh verlassen.

### Letzte Nachrichten.

**Streik der Kraftdroschkenfürher.**  
**Leipzig, 28. Febr.** Die hiesigen Kraftdroschkenfürher haben heute früh die Arbeit niedergelegt, da ihre Forderungen auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse insbesondere eine Erhöhung eines Prozentzuschlages von den Arbeitgebern nicht erfüllt worden sind. Im Hinblick auf den heute beginnenden Verkehr dürfte sich der Ausstand besonders fühlbar machen.

**Aussperrung in Solingen.**  
**Solingen, 28. Febr.** Die gestrige Versammlung der Waffenarbeiter des Industriearbeiterverbandes, an der auch interessierte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes teilnahmen, haben beschlossen, über die Waffenfabrik C. G. G. die Sperre zu verhängen, weil die Fabrik Waffenteile von auswärts bezieht. Der Arbeitgeberverband der Solinger Waffenindustrie, hat den Arbeitern eine Frist bis Dienstag morgen 10 Uhr gestellt, bis zu der sie auf den Streik verzichten sollen, widrigenfalls sämtliche Arbeiter der Solinger Waffenindustrie, insgesamt gegen 1000, ausgesperrt werden sollen.

**Der Abschied eines Gemahregeltes.**  
**Berlin, 28. Febr.** Der erste Vorsitzende des vom Polizeipräsidenten verbotenen Vereins Berliner Schulleute, Fuhrmann, der strafweise nach Zabrze in Ober-Schlesien verlegt worden ist, hat gestern abend 11.50 Uhr vom schlesischen Bahnhof seine Reise angetreten. In gleicher Weise, wie beim zweiten Vorsitzenden des Vereins, dem Schulleute G. G. G., der nach Königsberg verlegt wurde, hatten sich die dienstfreien Mannschaften auf dem Bahnhof eingefunden. Besonders auffällig war die große Zahl der anwesenden Frauen. Auf dem Bahnsteig hielt einer der Kameraden eine Rede, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, es möchten sich in Zukunft Männer finden, die Fuhrmanns Mut besäßen und seine Tätigkeit fortsetzten. Mit einem Hoch auf den scheidenden Kameraden nahmen die Schulleute von ihrem Führer Abschied.

**Scharfmachergefeß in Natal.**  
**Kapstadt, 28. Febr.** Die Bill zur Erhaltung des Landesfriedens, eine Novelle zum Gesetz über aufrührerische Versammlungen und deren Auflösung und zugleich eine Novelle zum Strafgesetz ist im Unterhause eingebracht worden. Die Vorlage gibt der Regierung weitgehende Machtbefugnisse zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Polizei wird ermächtigt, jeden, der des Hochverrats oder der Aufreizung dazu verdächtig ist, ohne Haftbefehl zu verhaften. Die Vorlage enthält Maßnahmen zum Schutze von Arbeitern gegen Einschüchterungen, Strafen für Personen im öffentlichen Dienst für Vertragsbruch, wodurch die öffentliche Sicherheit gefährdet wird, ist ermächtigt die Regierung, aufrührerische Zusammenrottungen zu verbieten und aufzulösen, endlich gibt sie der Regierung das Recht, Personen, die wegen Aufruhrs oder Aufreizung dazu verurteilt worden sind, auszuweisen, wenn sie keine geborenen Südafrikaner sind.

**Obstruktion in der spanischen Kammer.**  
**Madrid, 28. Febr.** Mitglieder der republikanischen und der sozialdemokratischen Vereinigung haben beschlossen, in den Cortes Obstruktion zu machen, solange der Krieg in Marokko dauert. Der portugiesische Geschäftsträger erklärt, die Eisenbahnen seien in vollem Betriebe bis auf die Linie bei Mafra, welche von nicht zum Bahnpersonal gehörende Personen beschädigt worden sei.

**Aufgehobener Streik.**  
**Paris, 1. März.** Der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes erklärte, er wolle den Kampf um einer einzigen Forderung willen nicht fortsetzen und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit am 3. März wieder aufzunehmen.

**Eine Kundgebung des Erzbischofs von Paris.**  
**Paris, 1. März.** Der Erzbischof von Paris, Kardinal Amette, empfing gestern die Fastenprediger, um ihnen den Antimodernisteneid abzunehmen und gleichzeitig die Weisung zu erteilen, daß sie sich nicht mit Politik zu beschäftigen hätten. Er fügte hinzu, er habe vor einigen Tagen mit dem Papst die bevorstehenden Neuwahlen und die politische Lage Frankreichs erörtert. Der Papst habe darauf bemerkt, die Bischöfe möchten sich jeder Wahlagitaktion enthalten. Selbstverständlich gelte diese Regel noch in viel höherem Maße für die Priester.

**Das französische Zentrum.**  
**Paris, 28. Febr.** In der heutigen Gründungsversammlung der katholischen Partei wurde folgendes Programm aufgestellt: Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl und geistliche Anerkennung der Rechte der Kirche in Frankreich Wiederherstellung des Kirchenvermögens im Einvernehmen mit Rom, Rückkehr der vertriebenen Ordenskongregationen, Wiederbelebend der geistlichen Krankenpflegerinnen in den Spitälern, Wiederherstellung des Rechts des katholischen Unterrichts und Erhaltung der katholischen Schulen aus dem Unter-

richtsbudget und schließlich Abschaffung des Ehecheidungs-  
gesetzes.

**Seemannsstreik in Frankreich.**

Paris, 28. Febr. Der Marineminister empfing heute die Abordnung der ausländischen Maschinenobermaaten und legte ihnen noch einmal dringend ans Herz, ihre Forderungen einem Schiedsgericht vorzulegen. Die Abordnung versprach dem Minister, am nächsten Dienstag eine endgültige Antwort zu erteilen. Offiziös wird es heute als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Absicht gehabt habe, der „Messageries Maritimes“ Maschinenobermaaten der Kriegsmarine zur Verfügung zu stellen. Die Kriegsmarine, so wird erklärt, besitze gegenwärtig nur die durchaus notwendige Anzahl von Maschinenobermaaten und es sei daher unmöglich, auch nur eine kleine Anzahl einem privaten Unternehmen zu überlassen.

**Verschöpfung auf Formosa.**

Tokio, 1. März. Von 150 neuerlings wegen Verschöpfung angeklagter Eingeborener der Insel Formosa sind 53 mit Zwangsarbeit von 5 bis 15 Jahren bestraft worden. Der Häufelührer wurde zum Tode verurteilt.

**Die Steuerunruhen in Spanien.**

Madrid, 28. Febr. Neuester beunruhigende Meldungen laufen aus Valencia ein, so daß sich der Generalgouverneur veranlaßt gesehen hatte, infolge des in der Stadt proklamierten Generalstreiks den Kriegszustand zu verhängen. Jegliche Ansammlungen auf der Straße sind verboten. Ansammlungen von mehr als 10 Personen sind nicht gestattet. In Fällen der Zuwiderhandlung sind die Truppen angewiesen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Mehrfach ist es zwischen Manifestanten und Truppenabteilungen zu blutigen Zusammenstößen gekommen. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Um den Gebrauch der Feuerwaffe zu vermeiden, hat der Generalgouverneur dringend Verstärkungen von Kavallerie erbeten. Der Straßenbahnver-

kehr stockt vollkommen. Die Kasernen sind in Schlachthöfe umgewandelt worden, um dem Publikum genügend Fleisch verkaufen zu können. Voraussichtlich wird die Regierung den Unruhen bald ein Ende bereiten, indem sie die städtische Steuer wieder aufhebt.

**Türkische Wahlen.**

Konstantinopel, 28. Febr. Heute fanden hier die Kammerwahlen statt. Die Liste der 11 Komiteekandidaten vereinigte beinahe sämtliche Stimmen der 453 Wähler auf sich. Die unabhängigen Kandidaten erhielten nur 6-8 Stimmen. Bis jetzt sind 53 Abgeordnete gewählt, sämtlich Anhänger des Komitees. Der gewesene Minister Dschavid wurde in den Dardanellen und der Unterrichtsminister Schüfri Bey in Kastamuni gewählt. Man erwartet, daß bis Mitte März die Mehrzahl der Abgeordneten gewählt sein wird. Die Eröffnung des Parlaments wird für Anfang April erwartet.

**Quation für die deportierten Arbeiterführer.**

London, 1. März. Der Hydepark war heute von großen Arbeitermassen angefüllt, die zur Begrüßung der aus Südafrika deportierten Arbeiterführer eine Kundgebung veranstalteten. Es wurden Beschlufsanträge angenommen, in denen die Deportation verurteilt und die britische Regierung aufgefordert wird, zu verhindern, daß der Demütigungsbill die Zustimmung erteilt wird.

**Der Aufstand in China niederge schlagen.**

London, 28. Febr. Die Times meldet aus Peking vom 27. ds. Mts.: Nach den Telegrammen sind die Weißen Wölfe an der Grenze von Hunan und Anhui gründlich geschlagen worden. Die Bande, deren Stellung durch Aeroplane festgestellt worden war, wurde angegriffen und auseinandergetrieben. In zwei Gefechten sollen 4000 Mann getötet worden sein. Die Zahl ist vielleicht stark übertrieben, aber 40000 Mann Regierungstruppen waren an der Unternehmung beteiligt.

Peking, 1. März. Der Räuberhauptmann Weißer Wolf hat mit tausend wohlbewaffneten Räubern den Ring der einschließenden Truppen durchbrochen und sich plündernd westwärts gewandt. Wahrscheinlich ist es die Absicht der Leute, zu ihren heimatlichen Bergen im westlichen Sonan zurückzukehren. Der Zugverkehr zwischen Hankau und Peking ist eingestellt, weil berichtet worden ist, daß die Räuber der Bande des Weißen Wolf einen Tunnel befestigt haben an der Grenze von Sonan und Hupeh.

**Der Pilgerzug der Arbeitslosen.**

Newyork, 28. Febr. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Union hat jetzt dazu geführt, daß 200 Arbeitslose, mit Decken und Kochgeräten ausgerüstet, von San Francisco aus den langen Marsch nach Washington angetreten haben, um dem Kongreß eine Petition um Errichtung von Arbeitsnachweisen zu unterbreiten. Die Leute hoffen, auf ihrer 3000 km langen Route verpflegt zu werden. Unterwegs soll die Schaar der Arbeitslosen zu einer großen Armee anschwellen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kober, für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Interkate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

Durlach. (Arbeiterradfahrerbund Solidarität.) Mittwoch abends halb 9 Uhr im „Lamm“ Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung, wozu vollzähliges Erscheinen wünscht. Der Vorstand.

Gaggenau. (Sozialdem. Wahlverein.) Umständehalber findet die Mitgliederversammlung am Dienstag, 3. März, statt, wobei vollzähliges Erscheinen dringend notwendig ist. 7800

**Wasserstand des Rheins.**

2. März.  
Schusterinsel 1.21 m, gef. 11 cm, Rehl 2.19 m, gef. 4 cm  
Maxau 3.84 m, gef. 5 cm, Mannheim 3.20 m, gef. 12 cm.

Für  
**Frühjahr**  
und  
**Sommer!**

**Damenkleiderstoffe**  
**Herrenstoffe**  
**Seidenstoffe**

Sämtliche moderne  
Bewebe sind in reich-  
haltigen Dessins und  
Farben-Sortimenten  
eingetroffen :: ::

Es ist unser Prinzip, nur solide Stoffe zu den denkbar niedersten Preisen zum Verkauf zu bringen, was uns infolge geringer Spesen (durch Ersparnis hoher Ladenmiete usw. usw.) umso mehr möglich ist und empfehlen wir jedermann, vor Einkauf von Stoffen, sich von der reichhaltigen und geschmackvollen Auswahl und der Preiswürdigkeit jedes einzelnen Stoffes durch Besichtigung unseres Lagers ohne jeden Kaufzwang zu überzeugen.

**Rabattmarken.**

**Carl Büchle**

Inhaber:  
**Kohlmann &  
Braunagel**

**Herrenstraße 7**  
zwischen Kaiserstr. und Schloßplatz.

**Rabattmarken.**

**Residenz-Theater**  
KARLSRUHE  
Waldstr. 30  
Telephon 1417.  
Ab Samstag, 28. Februar bis inkl. 3. März  
**Première!**  
**Durch Nacht und Grauen.**  
Herrlich koloriert.  
Tiefgreifendes dramatisches Lebensbild  
von C. D. Morlhon.  
Dargestellt in 5 Akten von ersten Pariser Bühnenkünstlern. 7597  
Während dieser phänomenalen Doppel-Premieren-  
Woche verstärkt Orchester  
**Première!**  
**„Ihre Hoheit“**  
Lustspiel in 3 Akten mit  
**Henny Porten.**

**Möbel enorm billig.**  
1 ftzig. Kleiderstank . . . 15 M.  
Polierter Chiffonnier . . . 85 M.  
Schreibtische, eleg. . . . 35 M.  
Trumeaux, große . . . . 30 M.  
Stürgarderbänke, eichen . 16 M.  
Wisch-Divans, eleg. . . . 35 M.  
Chaiselongue, gut gearb. . 24 M.  
Buffets, hochfein . . . . 120 M.  
Eiserne Bettstellen von 8 M. an.  
**Für Brautleute**  
günstigste Bezugsquelle in  
kompletten Einrichtungen.  
Anerkannt billig und gut.  
**Möbelhaus Werner**  
Schloßplatz 13, 7593  
Eingang Karls-Friedrichstraße.  
**Arbeits-Vergabung.**  
Zum Erweiterungsbau der  
Werksstätten und Wagenhalle  
der städtischen Straßenbahn  
sind nachfolgende Arbeiten zu  
vergeben:  
Holzpflaster,  
Blattenbeläge,  
Anstreicherarbeiten.  
Angebotsformulare und Zeich-  
nungen können beim städt. Hoch-  
bauamt, Karls-Friedrichstraße 8  
ll. Obergesch., Zimmer 170  
abgeholt bezw. eingesehen werden.  
Dabei sind auch die Ange-  
bote bis Freitag, den 6. März  
ds. Js., nachmittags 3 Uhr,  
mit entprechender Aufschrift be-  
ziehen, einzureichen. 7506  
Karlsruhe, den 23. Febr. 1914.  
Städt. Hochbauamt.

Frisch eingetroffen:  
**Ia.**  
**Ochsenmaul-  
salat**  
per Pfd. 55 Pfg.  
Post-Dose 3.20 Mk.  
**Ia. neue**  
**Kastanien**  
per Pfd. 21 Pfg.  
bei 7442  
**Herm. Vogel**  
**Rastatt.**  
Lieferung von Drahtgeflecht-  
Einfriedigungen.  
Die Lieferung und Aufstellung  
einer 1,50 m hohen Drahtgeflecht-  
Einfriedigung von etwa 1160 lfdm  
Länge mit 2 Lösen um das ge-

samte Grundstück der Familien-  
gärten im Genuß **Dammerhof**  
zwischen Müppurr und neuem  
Hauptbahnhof sowie die Lieferung  
und Aufstellung einer 1 m hohen  
Einfriedigung von etwa 3300 lfdm  
Länge mit 260 Türen soll öffent-  
lich vergeben werden.  
Angebote sind verschlossen mit  
entsprechender Aufschrift und unter  
Verwendung der besondern Vor-  
drucke spätestens  
**Wittwoch, den 4. März 1914,**  
**vormittags 10 Uhr,**  
bei uns einzureichen. 7496  
Bedingungen und Pläne können  
auf dem Tiefbauamt, Rathaus,  
Zimmer Nr. 116, eingesehen und  
hier auch Angebotsvorbrücke er-  
hoben werden.  
**Städt. Tiefbauamt.**  
**Städt. Badenanstalt**  
(Vierordtbad)  
**Karlsruhe.**  
**Medizinische Bäder.**  
Fichtennadel-Salz (Rappena-  
nauer oder Stass-  
furter).  
Mutterlauge u. Schwefel-  
(Thiopinol-)Bäder.  
Badezeiten an den Werktagen:  
Vormittags 8 Uhr bis  
8 Uhr abends.  
Auch aber Mittag ge-  
öffnet.  
An den Samstagen bis  
9 Uhr. 15  
Sonntags 8-12 Uhr.

**Feuerbestattungsverein Karlsruhe e. V.**  
Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hier-  
durch zum Beitritt eingeladen. Mitgliederstand  
Ende 1913 = 725.  
Jahresbeitrag 3 Mk. Mitglieder zahlen nur die  
Halbte der Einäscherungstaxen und erhalten 80 Mk.  
Kostenzuschuss.  
Anmeldungen an Oberbuchhalter **Wilden-  
thaler** (Rathaus). 7889  
**Civil-Hofenschnneider**  
1. Tarif, suchen sofort 7608  
**Schröder & Fränkel, Hofl., Kaiserstr. 211.**  
**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Eheschließungen vom 26. Febr. Julius Sted von  
hier, Kaufmann hier, mit Marie Papayack von hier. Friedrich  
Schuppert von Gillingen, Straßenbahnkassierer hier, mit Luise  
Gild von Ludwigshafen. Albert Seif von Stedolsheim, Wäder  
hier, mit Lina Würz von Bretten.  
Geburten vom 20.-25. Februar: Helmut Adolf, Vater  
Karl Dehler, Kaufmann. Walter, Vater Karl Deimer, Musik-  
instrumentenmacher. Karl Friedrich Wilhelm, Vater Wilh. Paul,  
Gärtner. Loie, Vater Franz Langenbach, Hilfsarbeiter. Karl  
Friedrich, Vater Friedrich Schwämmle, Wäder. Ernst August  
Ludwig, Vater Karl Wideler, Architekt. Wilhelm, V. Leopold  
Hirsch, Kaufmann. Robert, V. Robert Vertsche, Werkschreiber.  
Alfred Eduard, Vater Alfred Lamb, Sergeant. Johanna Maria,  
V. Josef Herrler, Ausläufer. Walter Franz Hermann, V. Anton  
Niederbühl, Wigawa-Steinmetz. Emilie Gertrud, V. Aug. Gartner,  
Hoflakai. Helmut Philipp, V. Aug. Rubin, Gewerkschaftssekretär.  
Todesfälle vom 25.-26. Febr.: Apollonia Onies, alt  
72 Jahre, Witwe von Konrad Onies, Schaffner. Ottilie Rie-  
mann, alt 76 Jahre, Privatier. ledig. Ernst Ward, Farmer a. D.,  
Ghemann, alt 83 Jahre. Silba Gutting, alt 23 Jahre. Ehefrau  
von Anton Gutting, Fabrikarbeiter. Karl Robert, Lokomotiv-  
führer a. D., Witwer, alt 71 Jahre.

Beißer Wolf  
den Ring der  
plündernd  
die Absicht der  
den Sonan  
Dantau und  
ist, daß die  
Lunel belet

tslosigkeit in  
deitslose, mit  
n Franzisco  
treten haben,  
ng von Ar-  
hoffen, auf  
den. Inter-  
ner großen

m, gef. 4 cm  
gef. 12 cm.

ffe

moderne  
nd in reich-  
essins und  
ortimenten

7598  
en (durch  
ltigen und  
berzeugen.

7  
soßplatz.

e. V.

en hier-  
erstand

nur die  
80 Mk.

den-  
7889

ider

7608  
r. 211.

rsrube.  
3 Sted von  
r. Friedrich  
r, mit Antie  
heim, Bäder  
Abolf, Vater  
imer, Wuff-  
Wiff, Paul,  
Beiter, Karl  
Ernst August  
S. Leonold  
Berfchreiter,  
anna Maria,  
n, S. Anton  
Aug. Gartner,  
Hafselkreier,  
a. Gneis, alt  
Ottlie Rig-  
farrer a. D.  
tre, Ghefran  
Rotomatio

# Ibach Flügel — Pianinos

von unübertroffener Tonschönheit und Dauerhaftigkeit. 7588

Die Generaldirektion des Grossh. Hoftheaters kaufte letzte Woche einen Flügel und ein Pianino dieses hervorragenden Fabrikates.

Alleinvertreter für Karlsruhe, Rastatt, Bruchsal und Umgebung: — — —

**J. Kunz, KARLSRUHE**  
Karl Friedrichstraße 21.

## Bekanntmachung.

Die Kochschule der Mädchenfürsorge betr.  
Der Badische Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im I. Stod des Hauies Freigstraße Nr. 48 eine Kochschule eingerichtet, in welcher hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung im Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Jährlich werden zwei Kurse von 6 Monaten Dauer und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben als Entgelt für ihr Mittagessen 40 Mk. für den Kurs in vier Teilbeträgen von je 10 Mk. zu entrichten. Für unbemittelte Mädchen, welche an den Kursen teilnehmen wollen, entrichtet eventuell auf Ansuchen die Armenverwaltung diesen Betrag.

Der dritte Kurs wird am 1. April ds. Js. eröffnet. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden in der Zeit vom 2. bis einschließlich 11. März ds. Js. beim Sekretariat des Volksschul-Direktors (Hebel-Schule, Kreuzstraße Nr. 15, III. Stod, Zimmer Nr. 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. 7573  
Karlsruhe, den 26. Februar 1914.  
Der Stadtrat:  
Dr. Kleinschmidt. Reubed.

# Wer behaglich wohnen will

findet Vorbilder und Anregungen  
in der beständigen Ausstellung der Firma

# Holz & Weglein, Karlsruhe

Spezialhaus für Wohnungs-Einrichtungen.

Permanente Ausstellung v. ca. 100 Wohn-, Speise-  
Schlaf- und Herren-Zimmern, Salons u. Küchen.

Lieferungen franko. — Aufstellen der Möbel gratis.  
— Verlangen Sie Kataloge oder unseren Besuch. — 7517

# Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Deutsche und orientalische

# Teppiche

# Hermann Tietz

## Bekanntmachung.

Von Sonntag, den 1. März ds. Js. wird in Richtung Stadt Durlach der Straßenbahnbetrieb bis zum Wasserwerk (Hauptstraße) aufgenommen. Für Besucher des Turmberges ist hiermit keine Preiserhöhung für Hin- oder Rückfahrten ab Karlsruhe zu befechten, ermäßigten Preisen verbunden. 7592  
Karlsruhe, den 28. Februar 1914.

Städtisches Straßenbahnamt.

## Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs

durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Maxau.  
Einladung

## 1. ordentlichen Mitgliederversammlung

am 3. März 1914, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Rathhaus-saal zu Karlsruhe.  
Tagesordnung:  
1. Entgegennahme und Besprechung des Jahresberichts.  
2. Abnahme der Jahresrechnung.  
3. Besprechung sonstiger Vereinsangelegenheiten.  
Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung laden wir unsere Mitglieder ergebenst ein. Der in der Einladung vom 16. Februar vorgesehene Vortrag muß wegen Verhinderung des Herrn Oberingenieur Winterkamp auf eine spätere Versammlung verschoben werden. 7581  
Karlsruhe, den 1. März 1914.

Der geschäftsleitende Vorstand:  
R. Kölsch, Stadtrat, G. Pfeiff, Stadtrechnungsrat,  
1. Vorsitzender. Schriftführer.

**Ziehung unwiderruflich schon 7. März!**  
**Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie!**  
2327 Geldgew. ohne Abzug  
**27 000 M.**  
1. Hauptgewinn bar:  
**10 000 M.**  
826 Gewinne bar:  
**10 000 M.**  
2000 Gewinne bar: 7008  
**7 000 Mk.**  
Lose à Mk. 1.-, 11 L. Mk. 10.-,  
Porto und Liste 80 g  
empfiehlt Lotterien-Unternehmer  
**J. Stürmer**  
Strasbourg i. L., Langstraße 101.  
Filiale: Köln a. Rh., Hauptstr. 41.  
In Karlsruhe: Carl Götz,  
Hebelstr. 11/15, E. Fläge,

**Neuheiten!!**  
Damen-Kostüme . . . 12 Mk an  
Blusen, weiß u. farbig 95 g an  
Kostümröcke . . . 1.85 Mk an  
Unter Röcke . . . 95 g an  
Regenschirme staunend billig.  
**Wilhelmstraße 34, 1 St.**  
Weil kein Laden, billigste Preise.

In Gardinen  
von 10 Pfennig an per Meter  
Bris-Bis, Gallerie-Borden  
Vorlagen-Teppichen  
bringt stets Neuheiten das  
**Kaufhaus Zapf**  
Zell a. H.

**Herren- u. Damen-Fahrrad**  
jedes Torpedo-Freilauf, mit  
Garantiefchein, jedes für 58 Mk.  
zu verkaufen. 7601  
Baumeisterstr. 38, parterre.

Waldstraße 16/18. **Colosseum** Telephon 1938.

Das sensationelle März-Programm vom 1. März bis 15. März 1914.

**Gastspiel**  
der Original-Chinesen-Truppe „**LIAN-SHOEN**“  
Peperi Schwaiger, Gidy Batey Co.  
Tanz-Soubrette. Exzentriker.

**The JADWIGA**  
dressierter Königs-Adler und Riesen-Raben.  
Die letzte Neuheit der Vogel-Dressur!

Hedy Brand | Bros. Gutterston.  
sens. Jongleur- u. Drahtseilakt | Equilibristen. 7596

**Robert Neseemann**, Süchs. Humorist.  
Eivette Fontaine Fontaine in ihrer musikalischen Harlekinade.

Lichtspiele stets das Neueste.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr

**Pfannkuch & Co**  
**Eier-Abschlag**  
Bollfrische  
**Trink-Eier**  
extrastark — gestempelt  
10 Stück **88** Pfg.  
Extragroß sortierte  
**Sied-Eier**  
10 Stück **78** Pfg.  
Große  
**Sied-Eier**  
10 Stück **73** Pfg.  
**Notkraut**  
per Kopf **22** und **25** Pfg.  
**Blumenkohl,**  
**frischer Kopfsalat.**  
**Pfannkuch & Co**  
in den bekannten Verkaufsstellen  
G. m. b. H.

# Erstes Frühjahrsangebot

Außerordentlich preiswert.

## Moderne Kleider- und Seiden-Stoffe.

Beachten Sie unsere Fenster.

# Geschw. Knopf.

Montag, Dienstag, Mittwoch in unserem Erfrischungsraum ab 3 Uhr nachmittags **Promenaden-Konzert.**

## Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal betr.

Unter Bezugnahme und in Ergänzung der bereits ergangenen Bekanntmachung bringen wir hiermit zur Kenntnis der Versicherten und deren Arbeitgeber, daß der Kassenbezirk zur Vornahme der Wahl der Vertreter und der Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal in zwei Distrikte und zwar in einen Stadt- und einen Landbezirk eingeteilt ist.

Jede Gemeinde bildet mit der ihr etwa zugehörigen abgeordneten Gemarkung einen Stimmbezirk.

Im Landbezirk finden die Wahlen für die Arbeitgeber und die Versicherten statt am

**Samstag, den 28. März 1914,**

- Büchenau auf dem Rathause von 4 bis 5 Uhr nachmittags,
- Gambrücken auf dem Rathause von vormittags 11 1/2 bis 2 Uhr nachmittags,
- Seibelsheim auf dem Rathause von 9 bis 10 1/2 Uhr vormittags,
- Helmshausen auf dem Rathause von 8 bis 9 Uhr vormittags,
- Karlsdorf auf dem Rathause von 12 bis 2 1/2 Uhr nachmittags,
- Langenbrücken auf dem Rathause von 12 bis 2 Uhr nachmittags,
- Neuenbürg auf dem Rathause von 9 bis 10 Uhr vormittags,
- Obergrombach auf dem Rathause von 10 bis 11 Uhr vormittags,
- Oberöwisheim auf dem Rathause von vormittags 11 Uhr bis 1 Uhr nachmittags,
- Odenheim auf dem Rathause von 6 bis 8 Uhr nachmittags,
- Oettingen auf dem Rathause von 4 bis 8 Uhr nachmittags,
- Stettfeld auf dem Rathause von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags,
- Abtadt auf dem Rathause von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags,
- Unteröwisheim auf dem Rathause von 6 1/2 bis 8 Uhr nachmittags,
- Weiber auf dem Rathause von 5 bis 8 Uhr nachmittags,
- Zentheren auf dem Rathause von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Im Stadtbezirk Bruchsal finden die Wahlen statt am

**Montag, den 30. März 1914,**

im Gartensaal der „Neuen Sonne“ und zwar: für die Versicherten von 4 bis 8 1/2 Uhr abends, für die Arbeitgeber von 7 bis 8 1/2 Uhr abends.

Die Ausübung des Wahlrechts kann seitens der versicherungspflichtigen Versicherten nur in derjenigen Gemeinde erfolgen, in der sie beschäftigt sind; seitens der Arbeitgeber da, wo sie ihre Betriebsstätte haben und Versicherte beschäftigen.

Freiwillige Mitglieder haben ihr Wahlrecht in derjenigen Gemeinde auszuüben, in der sie ihre Beiträge zur Einzahlung bringen.

Dementsprechend sind auch die Wählerlisten aufgestellt. Der Ausschuss besteht aus neunzig Vertretern, von denen ein Drittel von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Drittel von den volljährigen Versicherten je aus ihrer Mitte, und zwar getrennt gewählt werden. Für die Vertreter der Arbeitgeber werden 60

für die Vertreter der Versicherten 120 Ersatzmänner gewählt.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen; andernfalls zu den Versicherten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder, einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Die Arbeitgeber führen für je einen versicherungspflichtig Beschäftigten eine Stimme.

Arbeitgeber, die mehrere versicherungspflichtig Beschäftigte, führen für je fünf (5) versicherungspflichtig Beschäftigte eine weitere Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen. Die jedem Arbeitgeber zukommende Stimmzahl ist aus der Wählerliste ersichtlich. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstand sind; ferner unständig Beschäftigte, die nach § 67 Nr. 3 der Satzung keine Beiträge zahlen und versicherungspflichtig, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen. (§ 2 Abs. 2 der Satzung.)

Wahlberechtigt zur Wahl der Versicherungsvertreter sind alle volljährigen Kassenmitglieder beiderlei Geschlechts, wählbar als Vertreter jedoch nur volljährige Deutsche.

Nicht wählbar ist ferner:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist,
  2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
- Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:
1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
  2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
  3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen;
  4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherungsordnung einer Gegenvormundschaft gleich;
  5. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes bis zu 500 Mk. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche einen Bestandteil der Satzung bildet.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wer ausscheidet, kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten von Bruchsal können auf der Kostenverwaltung, diejenigen von den zum Kassenbezirk gehörigen Landgemeinden bei den betreffenden Ortsrechnern eingesehen werden und liegen die Wählerlisten zu diesem Zweck vom 10. März 1914 ab zur allgemeinen Einsicht auf.

Etwasige Einsprachen gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Verweismitteln beim Kassenvorstand einzulegen.

Wahlberechtigte, welche nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Walausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Wir fordern die Beteiligten an Wahlvorschläge für

die Ausschuswahl bei dem Vorstände einzureichen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstände eingehen.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Verbundene Wahlvorschläge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung im Kassenlokal von den Wählern eingesehen und berichtigt werden. Die Berichtsfrist geht bis spätestens eine Woche vor der Wahl. Bis zu diesem Punkt können auch eingereichte Wahlvorschläge zurückgezogen werden.

Die Wahlvorschläge sind getrennt für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je zehn Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterzeichnung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens so viel Bewerber benennen, als Vertreter bezw. Ersatzmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-(Nach-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Mit der Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgelegener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags, und soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Befreiung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und für die Wahl der Versicherten-Vertreter 21/33 Zentimeter groß sein (1/2 Bogen A4-Format Normalpapier 3a). Für die Wahl der Arbeitgeber-Vertreter muß die Größe der Stimmzettel 21/16,5 Zentimeter betragen. Die Stimmzettel dürfen keinerlei äußerliche Kennzeichen haben und müssen ihrem Wortlaut nach genau einem der eingereichten Wahlvorschläge entsprechen, bei Vermeidung der Ungültigkeitserklärung.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. Irigend welche Aenderung macht den Stimmzettel ungültig.

Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschläge übereinstimmen, oder die ein Merkmal haben, welches die Absicht einer Kennzeichnung wahrheitsfalsch macht, oder die unterschrieben sind, sind ungültig. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelhaft ist.

Im übrigen wird auf den Inhalt der Satzung und Wahlordnung verwiesen.

**Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal.**

R. Goloch, Vorsitzender.

**Gebisse** mit großem, 130 cm breitem Regelschrank wird für 295 Mk. abgegeben. 7522 Waldstraße 22, Möbelhaus.

**Schlafzimmer** mit großem, 130 cm breitem Regelschrank wird für 295 Mk. abgegeben. 7522 Waldstraße 22, Möbelhaus.

**Radwagen**, gut erhalten, billig zu verkaufen. Ludwigsstr. 23, S. 4, 6.